Nr. 119 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Montag, den 25. Mai 1925

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Herr 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667, Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung. 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 10 Pfg. im Anzeigen- und 50 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44, Fernruf 4905. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319. Erfurt

Oldenburg-Wahlen.

Dezimierung der Hindenburg-Wähler. / Völlige Auflösung der KPD. / Große republikanische Landtagsmehrheit.

Das Ergebnis.

Rüstringen, 25. Mai. (Radiomeldung.)

Das vorläufige Endergebnis der Landtagswahlen in Oldenburg ist:

	Stimmen	Mandate
Landesblock	60 517	15
Deutschvölkische	4 503	1
Zentrum	42 704	10
Demokraten	23 827	5
Sozialdemokraten	38 144	9
Sozialistischer Bund . .	404	—
Kommunisten	3 644	—

Der bisherige Oldenburgische Landtag bestand aus 48 Abgeordneten. Der neue Landtag wird infolge der geringen Wahlbeteiligung nur 40 Mitglieder zählen. Die Weimarer Koalition verfügt über 24 Sitze, während der Rechtsblock mit Einschluß der Völkischen nur 16 Mandate zählt. In den größeren Städten, insbesondere in Rüstringen, hat die Sozialdemokratie gut abgeschnitten. Hier ist sie den Rechtsparteien gegenüber der ersten Reichspräsidentenwahl am 29. März weit voraus. Dagegen hat der Landesblock auf dem Lande seine Stimmen behauptet, allerdings mit Hilfe eines unglaublichen Terrors und von Flugblättern, deren Verleumdungen und Verdrehungen sogar die bisherige Beamtenregierung veranlaßte, einen großen Teil davon beschlagnahmen zu lassen.

Oldenburg, 24. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die Wahlbeteiligung war im Vergleich zur Präsidentenwahl äußerst gering. Insbesondere hat der Landesblock sehr viele Stimmen eingebüßt. Im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen werden auch Verluste der Sozialdemokraten und Demokraten gemeldet. Das Ergebnis von Rüstringen lautet: Landesblock (Rechtsparteien) 2817, Kommunisten 474, Demokraten 879, Völkische 473, Sozialdemokraten 10 533, Sozialistischer Bund (ehem. AllSPd.) 64, Zentrum 295.

*

Das bemerkenswerte an dieser Wahl ist, daß die Reichsblockparteien nur wenig mehr als die Hälfte ihrer Stimmen von der Hindenburg-Wahl aufgebracht haben. Darin liegt der Beweis, daß die Hindenburg-Wahl mit Politik, Republik oder Monarchie bei einem sehr großen Teil der Wähler nichts zu tun gehabt hat, sondern ein Zeichen des namentlich bei den deutschen Frauen vorwiegend ausgebildeten Geistes üppig wuchernder Heldenverehrung ist. Die Reichsblockwähler stieben nach allen Richtungen der Windrose auseinander, sobald sie konkrete politische Fragen gestellt werden. Immerhin bleibt bezeichnend, daß die Rechtsparteien an dem allgemeinen Wählerrückgang trotz alledem am wenigsten beteiligt zu sein scheinen. Das werten wir als Symptom dafür, daß namentlich die ländliche Bevölkerung, in erster Linie die Landarbeiterschaft, heute mehr als je unter der Fuchtel des Agrariertums und ihrer bezahlten Fronvögte steht.

Die Sozialdemokratische Partei hat infolge der geringen Wahlbeteiligung gegenüber der letzten Landtagswahl 3 Sitze opfern müssen, die Demokratische Partei 4 Sitze; das Zentrum hat seine 10 Mandate behalten. Die Kommunisten, die bisher mit 2 Abgeordneten im Oldenburgischen Landtag vertreten waren, haben nunmehr überhaupt keinen Abgeordneten. Die bisherigen kommunistischen Wähler haben scheinbar die Konsequenz aus der schmählichen Haltung der KPD.-Zentrale bei der Wahl Hindenburgs gezogen. Sie haben es sicher satt, sich weiter durch die Tollheiten der Ruth Fischer, Scholem, Katz, Epstein und Konsorten zu Hindenburg-Knechten degradieren zu lassen. Diese erfreuliche Reinigung der politischen Atmosphäre wird bei kommenden Wahlen nicht ohne Rückwirkung auf die allgemeine Politik bleiben.

Nimmt man die Resultate, daß die Hindenburg-Wähler vom 26. April nahezu auf die Hälfte dezimiert und die kommunistischen Hilfstruppen Hindenburgs aus der oldenburgischen Landespolitik ganz ausgeschaltet worden sind und vergleicht sie mit der Tatsache, daß die republikanischen Parteien eine große und sichere Mehrheit errungen haben und ohne Schwierigkeiten die Regierungsbildung gegen das immer noch bestehende Potsdam und das allerdings für Oldenburg nur noch imaginäre Moskau vollziehen können, so darf man trotz des bedauerlichen Stimmenrückgangs mit dem Ergebnis schon zufrieden sein.

Graf Westarp hat vor einigen Tagen im Reichstag ausgeführt, daß die Deutschnationalen die Hindenburg-Welle vom 26. April gehörig für ihre politischen Zwecke ausnutzen wollen. Nun, die gestrigen oldenburgischen Wahlen haben gezeigt, daß die Hindenburg-Welle sehr im Abebben ist. Hindenburgs Verhalten gegenüber der Entente in den kommenden Wochen und Monaten, seine zwangsläufig bedingte Passivität in den Fragen des deutschnationalen Aufwertungs-Betruges, der Zollwucherpolitik und andere Dinge mehr werden allerdings eine neue Hindenburg-Welle erzeugen, die jedoch weder Hindenburg selbst, noch den Grafen Westarp noch seine höchst unehrenwerte Partei emporheben, sondern die genannten Persönlichkeiten und Unpersönlichkeiten nebst dem Troß der lauten Kriegsknechte unter sich begraben wird.

Linkskartell-Sieg in Budapest.

Bruch der Horthy-Mehrheit. / Die Sozialdemokratie als stärkste Fraktion.

Budapest, 25. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die Gemeindewahlen in der Hauptstadt Ungarns haben zu einem großen Siege des Linksblocks geführt. Budapest besaß bisher eine Horthy-Mehrheit, die jetzt als gestürzt zu betrachten ist, während eine demokratische Mehrheit an ihre Stelle tritt. Die Vereinigten Demokraten, und zwar sind das die Demokraten, die Bürgerlich-Radikalen, die Kossuth-Partei und die Sozialdemokraten, erhielten zusammen 130 Mandate. Auf die Sozialdemokraten entfielen 54 Sitze. **Damit ist die Sozialdemokratie als stärkste Fraktion aus dem Kampf hervorgegangen.**

Moskau droht.

SPD. Als der Reichsaußenminister sich am letzten Dienstag in 50 Minuten eine Reise um die Erde leistete, erwähnte er u. a. auch die deutschen Beziehungen zu Sowjetrußland. Seine Worte ließen erkennen, daß der einstige Traum eines Bündnisses mit dem Osten jetzt auch von der offiziellen deutschen Außenpolitik aufgegeben ist, und so war es schließlich zu erklären, wenn sich Stresemann über die Enttäuschung, die er Tschitscherin bereitete, mit schönen Worten gegenüber Moskau entschuldigte.

Die offiziellen Vertreter der Sowjetrepublik haben den Reichsaußenminister sehr wohl verstanden, ohne aber sein Ersuchen um Gnade bei der Beurteilung der neuen Orientierung unserer Außenpolitik zu berücksichtigen. In Moskau ist längst der Kurs einer Völkerversöhnung aufgegeben, und bereits seit einlichen Jahren treibt Rußland eine rein kapitalistische Innen- und Außenpolitik. Diese Außenpolitik weiteifert in ihrer autoritären nationalistischen Brutalität mit allen anderen Nationen. Es ist deshalb keineswegs verwunderlich, wenn die „Prawda", das offizielle Organ der russischen Regierung, am Tage nach der Stresemann-Rede Drohungen gegenüber Deutschland ausspricht, die am Sonnabend von der „Roten Fahne" unter dem Titel „Warnung der Sowjetregierung" wiedergegeben werden. Man spricht dort von einer bevorstehenden Bresche in den Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, weil Herr Stresemann und die großen Parteien die Absicht und den Willen haben, ihre Politik nach den Interessen Deutschlands einzustellen und nicht nach den Wünschen von Moskau. Dort würde man es am liebsten sehen, wenn weder ein Garantiepakt zustande käme, noch der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Wirklichkeit würde. Ja, man wünscht geradezu, daß der labile Zustand, der heute zwischen den Alliierten und Deutschland besteht, verewigt wird. Es kümmert die Sowjets wenig, daß eine derartige Politik schließlich auf Kosten des deutschen Volkes und vor allem auf Kosten der deutschen Arbeitnehmerschaft ertragen werden müßte. Man braucht in der gegenwärtigen Lage eben einen Büttel, und dazu hält man Deutschland gerade für gut genug.

Vielleicht wäre die Sprache der russischen Regierung gegenüber Deutschland weniger drohend, wenn sich die zuständigen Stellen unseres Auswärtigen Amtes in Berlin, besonders aber der deutsche Botschafter in Moskau zeitweilig nicht so sehr in den Bann der russischen Politik hätten ziehen lassen. Immer wieder hat sich z. B. Brockdorff-Rantzau als Dolmetscher Rußlands in Berlin gefühlt. Seine wiederholten Reisen nach Rußland haben fast immer den Zweck verfolgt, gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu arbeiten, und es ist zweifellos, daß es ihm zeitweilig gelang, bestehende Absichten zum Eintritt in den Völkerbund stark herabzumindern. Ein besonderes Ohr fand Brockdorff-Rantzau fast immer bei Herrn v. Maltzan, dem früheren Staatssekretär im Auswärtigen Amt und jetzigen Botschafter Deutschlands in Washington. Er war von der Notwendigkeit eines offenen Bündnisses mit Rußland genau so überzeugt, wie Brockdorff-Rantzau, und nicht zuletzt trägt Maltzan einen Teil der Verantwortung dafür, daß Deutschland heute noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist.

Eine ausgesprochene östliche Orientierung der deutschen Außenpolitik haben wir immer für falsch gehalten, weil wir an die von Tschitscherin sehr oft behauptete Freundschaft Rußlands zu Deutschland weniger geglaubt haben als es bei einem Teil der verantwortlichen Politiker der Fall war. Die Freundschaft der offiziellen Sowjetpolitiker gegenüber Berlin ist u. E. keine Herzensache, sondern hat in erster Linie ihren Grund in dem Willen zur Vertretung russischer Interessen. Es ist für Rußland selbstverständlich keineswegs angenehm, wenn die deutsche Republik im Völkerbundsrate Sitz und Stimme hat. Von unserem Eintritt erwartet man in Moskau ganz richtig trotz aller inzwischen erfolgten Anerkennungen eine Isolierung und schlußfolgert, daß unter dem Druck der bestehenden Verhältnisse ein Widerstand gegen die überstaatliche Organisation nahezu aussichtslos ist und eines Tages wieder Herr Tschitscherin in Genf seinen Einzug halten muß. Welche Gefahren für die innere Politik und vor allen Dingen für die kommunistische Phraseologie damit verbunden sein würden, ist natürlich auch in Moskau nicht unbekannt, und gerade weil man diese Gefahren dort noch viel besser sieht wie wir in Deutschland, ist man bestrebt, das Deutsche Reich von der Konsolidierung seiner politischen Verhältnisse abzuhalten und so die Interessen der Sowjets zu fördern.

Die Sozialdemokratie wird sich wie bisher immer gegen eine Politik wenden, die nicht ausschließlich von deutschen Interessen diktiert ist. Unser Wunsch und Wille bleibt, mit allen Ländern der Erde in freundschaftlichen Verhältnissen zu leben, — auch mit Sowjetrußland. Aber wir müssen es ablehnen, uns von Osten her politische Ratschläge geben zu lassen, die sich in der Wirkung ausschließlich gegen die deutsche Arbeiterklasse richten. Von dem Abschluß eines Garantiepaktes und dem Eintritt in den Völkerbund erwarten wir nicht das Heil Deutschlands, aber die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten unseres Landes werden nicht eher aufhören, bis unser Verhältnis zu den ehemaligen Siegerstaaten auf der Basis einer friedlichen Entwicklung geklärt ist. Das Gegenteil wünscht und will Rußland!

Die Drohungen, daß es mit den bisher angesponnenen deutsch-russischen Beziehungen ein Ende haben soll, wenn wir uns erlauben sollten, unsere eigenen politischen Wege zu gehen, können uns nicht abschrecken, das zu tun, was wir für richtig halten. Im übrigen aber ist Rußland heute ebensogut auf Deutschland angewiesen, wie

Des Gemordeten letzte Fahrt.

Wien, 25. Mai. (Radiomeldung.)

Am Sonntag fand das Leichenbegängnis des von den Hakenkreuzlern ermordeten Müller statt. Die Leichenfeier erfolgte in dem Industrieort Mödling, wo der Mord begangen wurde und wo Müller Gemeinderat war. Die Bevölkerung des ganzen Ortes war auf den Beinen. Vor dem Arbeiterheim fand die eigentliche Trauerfeier statt. Hier hielt der Abgeordnete Renner dem Toten einen Nachruf, indem er seine Verdienste um die Partei würdigte und erklärte, die Genossen müßten für diesen Mord Sühne verlangen, **indem sie von der Regierung fordern, daß es nicht mehr Mörderbanden möglich sei, Arbeiter niederzuschießen. Sühne, aber nicht Vergeltung.** Er forderte die Arbeiter auf, Besonnenheit zu wahren und Disziplin zu halten, **weil nur so das Hakenkreuzlertum niedergeschlagen werden könne.** — Nachdem auch der Bürgermeister von Mödling und noch einige Genossen Ansprachen gehalten hatten, setzte sich der Leichenwagen in Bewegung. In den Straßen, die der endlose Zug passierte, bildete die Bevölkerung Spalier. Das Leichenauto fuhr dann nach Wien. Unterwegs, in allen Orten bildeten Genossen und Bewohner Spalier. In Wien hielt der Leichenwagen zunächst beim Arbeiterheim, wo Dr. Bauer eine kurze Ansprache hielt. Dann fuhr der Leichenwagen zum Krematorium. Alle Straßen in Wien waren von einem dichten Spalier von Arbeitern eingezäunt. Auch in der Ringstraße war eine gewaltige Kundgebung der Arbeiter, die den Toten stumm grüßten, und an der nicht nur die Wiener und Mödlinger Arbeiter, sondern auch Arbeiter von ganz Niederösterreich teilnahmen, die zu der Leichenfeier nach Mödling zum Teil Deputationen entsandt hatten, zum Teil korporativ erschienen waren.

Die „soziale" Schweiz.

Genf, 25. Mai. (Radiomeldung.)

Am Sonntag erfolgte in der Schweiz die Abstimmung über die sogenannte Initiative (Volksbegehren) Rotenberger, durch die die **Einführung der obligatorischen Hinterbliebenen und Invaliditätsversicherung für die Schweiz gefordert wird, wo bislang nur die Volkswohl-Versicherung bestand.** Die Finanzierung soll durch eine 250 Millionen Anleihe erfolgen, die aus Kriegssteuern aufgebracht werden sollen. Die Abstimmung über die Initiative ergab **355 000 „Nein", gegen 265 000 „Ja" für die Versicherung.** Bundesrat Haber hat aber bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf ausgearbeitet, so daß trotz der Verfassung bei der Volksabstimmung mit einer allmählichen Durchführung der Sozialversicherung in der Schweiz gerechnet wird.

Bilder aus Mussolinien.

Rom, 25. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonnabend versuchten zwei Personen den Verlag der Zeitung „Corriera della Dano" zu plündern. Als sie überrascht wurden, versuchten sie sich mit Waffen zu widersetzen. Die Polizei nahm schließlich die Plünderer fest, nachdem sie einen Faszisten erschossen hatte. Den Faszisten gelang es jedoch, die Häftlinge der Polizei wieder zu entreißen, um sie dann auf der Stelle zu erschießen. — Am gleichen Tage wurde die Padua-Druckerei, welche eine ganze Reihe katholischer Zeitungen druckt, von Faszisten zerstört.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250525-14/fragment/page=0001

Deutschland auf Rußland, und deshalb sind wir der Ueberzeugung, daß sich an unserem Verhältnis zu Rußland kaum etwas ändern wird, wenn wir in den kommenden Monaten den Garantiepakt verabschieden und uns zum Eintritt in den Völkerbund entschließen.

Drohende englische Stimme.

Folgen der Zollwucherpolitik der deutschen Regierung

London, 23. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die englische Presse setzt ihren Kampf gegen die deutsche Schutzzollvorlage fort. „Morning Post" schreibt unter dem Titel: „Eine deutsche Geste": „Wie herrlich erfüllt doch Deutschland die Prophezeiungen unserer Deutschland-Freunde. Sollen wir die Oeffentlichkeit an alles das erinnern, was über die Notwendigkeit der Wiederherstellung Deutschlands als Grundlage für einen Wiederaufbau des britischen Außenhandels und Europas gesagt ist. Es kam sogar so weit, daß wir unserem früheren Feind eine Menge Geldes leihen mußten, „damit sein wiederhergestelltes wirtschaftliches Wohlergehen unseren darniederliegenden Industrien neues Leben und neue Kraft verleihe". Deutschlands erste Antwort auf diese unsere Freundlichkeiten war die jüngste Wahl, die das Götzenbild und Symbol des deutschen Militarismus zum Präsidenten der deutschen Republik machte. Aber Herr Lloyd George denkt ja bekanntlich, daß v. Hindenburg ein prächtiger Kerl ist — beinahe ein Liberaler, könnte man sagen —, deshalb wollen wir einmal diese Tatsache ganz beiseite lassen und zum zweiten Symptom der deutschen Wiedergeburt, dem neuen deutschen Zolltarif, kommen .... In mancher Beziehung bedeutet der neue Tarif eine Verdoppelung, ja mehr als eine Verdoppelung des alten, und eine genaue Untersuchung des Verzeichnisses vermittelt geradezu den Eindruck, daß diese Zölle in erster Linie gegen die britische Industrie gerichtet sind. (!) Unsere Exporteure mögen winseln, unsere Fabrikanten wehklagen; aber Tränen und Klagen sind ein außerordentlich unwirksamer Ersatz für Maßnahmen. Gerade im Hinblick darauf sind wir aber fast völlig entwaffnet. Die Folgen der Versprechungen, die unsere Regierung zu machen gezwungen war (gemeint ist hier das Versprechen, nicht zur Schutzzollpolitik überzugehen. D. Uebers.), werden nunmehr auf unsere Handelskammern herniederhageln, insbesondere in Manchester und Bradford, wo die Freihändler ihre Orgien feiern. Die britische Regierung gleicht einem Manne, dessen Hände im Rücken gebunden sind; die gegenwärtige Situation beleuchtet blitzartig den Wahnsinn jener Versprechungen an die Wählerschaft; denn diese Bindung der britischen Regierung hat Deutschland die Möglichkeit gegeben, gegen britische Waren zu unternehmen, was immer sie nur wünscht, ohne daß England sich hierfür revanchieren kann. Wir sind so sehr in unseren eigenen Schlingen gefesselt, daß wir praktisch völlig schutzlos sind, und wir möchten die Behauptung wagen, daß die beste Antwort auf diese schweren deutschen Zollbedingungen sein würde, diese Versprechungen abzuschwören, um freie Hand für die notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen zu erhalten. Hierauf müßten wir die Möglichkeiten unseres „Industrieschutzgesetzes" ausnützen, indem wir überall dort, wo die deutsche Konkurrenz am stärksten ist, Riegel vorschieben. Täuschen wir uns darüber nicht: diese neuen deutschen Tarife sind ein Teil eines wohlerwogenen deutschen Angriffsplanes gegen die englische Industrie, eines Planes, bei dem jegliche Waffe — sei sie erlaubt oder unerlaubt, mit Einschluß der Unterstützung bolschewistischer Propaganda in England — wie das in der Vergangenheit geschehen ist, so auch jetzt bereitwillig und skrupellos angewendet wird.

*

Hierzu wird uns aus London geschrieben: Man unterschätze die Bedeutung der Kampagne nicht, welche die deutschen Zollvorlagen hier ausgelöst haben und täusche sich vor allem darüber nicht, daß dies erst die ersten Schüsse von englischer Seite sind. Man darf nicht übersehen, daß die „Morning Post" der Regierung — wenn auch nicht gerade so sehr Baldwin und Chamberlain — so doch einem großen Teil der übrigen konservativen Minister, nahesteht und als deren Sprachrohr betrachtet werden kann. Die deutschen Vorschläge sind, wie der zitierte Artikel beweist, auch für Deutschland eine Gefahr. Denn wenn sich die englische Regierung und vielleicht nicht nur die englische Regierung, unter dem Druck einer populären öffentlichen Meinung entschließt, tatsächlich Gegenmaßnahmen zollpolitischer Natur gegen die deutsche Wirtschaft vorzunehmen, so wird sich schließlich die Waffe, die Deutschland gegen die Wirtschaft des Auslandes gerichtet hat, gegen die eigene Brust wenden. Aber ganz abgesehen davon, ob diese Wirkung tatsächlich eintritt oder nicht. Die Väter dieser Maßnahmen in Deutschland scheinen übersehen zu haben, wie sehr ihre Pläne die Stellung in den schwebenden und kommenden außenpolitischen Verhandlungen verschlechtern. Deutschlands Stellung ist durch die Wahl Hindenburgs ohnehin schon mehr erschwert als die offizielle deutsche Diplomatie zugeben mag und die ausländische Diplomatie zugeben kann. Eine solche Wirtschaftspolitik, wie sie sich aus den neuen Tarifen ergibt, stärkt, wie das obige Beispiel zeigt, moralisch die Hand derjenigen, die im Grunde gegen jedes Zusammengehen mit Deutschland sind. Sie stärkt die Opposition gegen Baldwin und Chamberlain. Das kann unter den gegebenen Verhältnissen für Deutschland nur verhängnisvoll sein. Die Tatsache, daß die „Morning Post" hier die Sprache einer „Daily Mail" führt, müßte denjenigen in Deutschland zu denken geben, die infolge der Blindheit eines großen Teils des deutschen Volkes in diesen kritischen Monaten in die Lage versetzt worden sind, im Namen Deutschlands zu handeln.

Schweigen über die Ostgrenzen-Frage.

Die französischen „Erläuterungen".

Paris, 25. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die französische Note mit den von England gewünschten Aufklärungen über den französischen Standpunkt in der Frage des Garantiepaktes ist am Sonnabend nach London abgegangen. Die englisch-französische Kontroverse, die sich bekanntlich in der Hauptsache auf die Schiedsgerichtsbarkeit in der deutschen Ostgrenzen-Frage bezieht, ist von der französischen Presse wohl auf den Wunsch des Quai d'Orsay hin mit Stillschweigen übergangen worden. Die meisten Blätter gaben einfach die von der englischen Presse gebrachten Meldungen wieder. Dem Begriff der Schiedsgerichtsbarkeit selbst sind die Ausführungen der „Information" am Sonnabend gewidmet. Das Blatt stellt fest, daß ein Schiedsgericht nur juristische Urteile zu fällen imstande sei, die das bestehende Recht keineswegs in Frage stellen, sondern lediglich zu seiner Interpellation dienen könnten. Aus diesem Grunde könne auf dem Wege der Schiedsgerichtsbarkeit der territoriale Status, wie er durch den Friedensvertrag festgesetzt sei, ohne die Zustimmung der Beteiligten nicht abgeändert werden. Man dürfe daher in Deutschland keine Illusionen darüber entstehen lassen, daß es durch Schiedsgerichtsbarkeit möglich sei, den Friedensvertrag zu revidieren. (!)

Die Eingriffe der Besatzungsmächte in die deutsche Forstwirtschaft. Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages ließ die Regierung bei der Beratung des Forstetats mitteilen, daß die Besatzungsbehörden 3687 Hektar preußische Forsten mit zirka 1 269 158 Festmeter Holz abgeschlagen haben. Dabei wurden leider auch sehr hochwertige Eichen-, Fichten- und Lärchenbestände vernichtet.

Die deutschnationalen Säulen im Ebert-Prozeß.

Syrig wegen Diebstahl verurteilt.

Am Sonnabend ist zum Schmerze des deutschnationalen Pfarrers Koch eine weitere nationale Säule geborsten. Es handelt sich um Herrn Syrig, den deutschnationalen Kronzeugen im Magdeburger Prozeß. Erst vor einer Woche wurde sein Komplice Gobert, der ebenfalls für den Magdeburger Prozeß von den Deutschnationalen gedungen war, vor einer Berliner Strafkammer abgeurteilt. Jetzt hatte sich Syrig wegen Diebstahls zu verantworten. Er hat nach den Aussagen seines Onkels in den Jahren 1923/24 fortgesetzt Diebstähle auf der Eisenbahn begangen. So wird ihm zur Last gelegt, Leder, Gepäcknetze, Petroleum, Zylinder und andere Dinge gestohlen zu haben. Der Angeklagte bestritt die ihm zur Last gelegten Taten, obwohl sein Onkel unter Eid seine Aussagen aufrechterhielt. Das Amtsgericht verurteilte Syrig schließlich zu der Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis. Da Syrig bisher nicht vorbestraft ist, wurde ihm eine Bewährungsfrist von drei Jahren erteilt. — Von den Hauptbelastungszeugen der Deutschnationalen im Magdeburger Prozeß ist also jetzt erwiesen, daß sie moralisch minderwertige Subjekte sind, würdig, mit Herrn „Pfarrer" Koch zu verkehren.

Die kulturfeindliche bayerische Regierung.

Ablehnung der Hochschulbildung für Volksschullehrer

München, 25. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die Linksparteien im Bayerischen Landtag machten in der Sonnabend-Sitzung des Haushaltsausschusses einen Vorstoß gegen das Kultusministerium, das sich bisher systematisch geweigert hat, irgend etwas in der durch die Reichsverfassung festgelegten Neuregelung der Volksschullehrerbildung zu tun. Der Kultusminister suchte sich mit dem Hinweis zu rechtfertigen, daß die in den übrigen deutschen Ländern gemachten Reformversuche bisher nicht zu günstigen Ergebnissen geführt hätten, weshalb die abwartende Haltung Bayerns vollkommen berechtigt gewesen sei. Mit besonderer Schärfe lehnte der Minister die Volksschullehrerbildung auf der Hochschulgrundlage ab. Mit dem gleichen Rechte, so erklärte er, könnte jeder Maurer verlangen, für seine berufliche Ausbildung eine technische Hochschule besuchen zu müssen. Bayern lehne die Hochschulbildung für Volksschullehrer grundsätzlich ab, auch aus der Ueberzeugung heraus, daß sich daraus sofort ein empfindlicher Mangel an Lehrkräften einstellen würde. Dagegen sei Bayern bereit, einer Neuregelung zuzustimmen, etwa in der Form der Realschulbildung, ergänzt durch Lehrfächer, die speziell für den Volksschullehrerberuf geschaffen sind. Entsprechend einem sozialdemokratischen Antrag erklärte sich die Regierung bereit, eine Denkschrift in dieser Frage auszuarbeiten.

Die belgische Dauerkrise.

Brüssel, 25. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der König empfing am Sonnabend den Bürgermeister von Brüssel und Führer der Liberalen Partei, Max, den er mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragte. Der Ruf erging an Max, weil er der Vater des Mißtrauensantrages gegen die Regierung van de Vyvere war. Max hat den Auftrag angenommen und will zunächst versuchen, ein außerparlamentarisches Kabinett zu bilden. Seine Versuche scheinen aber von vornherein aussichtslos zu sein. Obschon Max in der Kammer erklärte, dem sozialistischen Wahlsiege müsse Rechnung getragen werden, dürften die Sozialisten jeden Versuch, ein nur vegetierendes Geschäftsministerium ohne ein großzügiges demokratisch-soziales Programm zu bilden, von vornherein bekämpfen. Auch auf die Unterstützung der Katholiken kann Max schwerlich rechnen. Am Sonntag wurde der Versuch Max' selbst im liberalen Parteiausschuß heftig kritisiert. Eine Resolution, die Max eine bedingte Unterstützung verspricht, wurde nur mit schwerster Mühe und geringer Mehrheit durchgesetzt. Immer mehr bricht sich auch im bürgerlichen Lager die Erkenntnis Bahn, daß eine demokratische Regierung unter sozialistischer Führung die einzig mögliche Lösung ist.

Konflikt um die deutsche Sprache.

Genf, 25. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Auf der Arbeitskonferenz kam es am Sonnabend zu einem Zwischenfall. Der deutsche Regierungsvertreter Grieser machte seine Ausführungen in der Kommission für die Grundprobleme der Sozialversicherung in deutscher Sprache. Seine Ausführungen wurden ins Englische und Französische übertragen. Ebenso verlangte ein deutscher Delegierter in der Kommission für die Nachtarbeit in den Bäckereien, daß die englischen und französischen Reden ins Deutsche übersetzt würden. Dagegen protestierte ein schwedischer Delegierter; ebenso haben die Vertreter der Länder spanischer Sprache dem Arbeitsamtsdirektor erklärt, daß sie keine Ausnahmebehandlung für Deutschland zugestehen könnten und die gleiche Behandlung für sich beanspruchen. Das Sekretariat hat dies zugestanden, falls die gleichen Voraussetzungen vorliegen. Der Vorfall betrifft die grundsätzliche Frage der Einführung des Deutschen als dritte Amtssprache. Die spanisch redenden Staaten haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß, falls Deutschland diese Forderung erhebt, sie das Gleiche verlangen würden. Das würde vier Amtssprachen bedeuten. Außerdem ist für deren Annahme der einstimmige Beschluß des Völkerbundsrates notwendig. Es ist aber ausgeschlossen, daß ein derartiger Beschluß jemals zustande kommt. Da die deutsche Delegation aber in einer Presseerklärung sich ausdrücklich jede Handlungsfreiheit für die Sprachenfrage vorbehält, bleibt der peinliche Eindruck, daß von deutscher Seite jetzt ein Aufrollen der Sprachenfrage geplant wird, um die Entscheidung zu erzwingen. Eine Unterstützung eines derartigen deutschen Planes ist bei der allgemeinen Stimmung der Konferenz niemals zu erwarten.

Stresemann, Hindenburg und Außenpolitik.

Paris, 25. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, erteilte auf dem Drahtwege dem Mitarbeiter des „Matin", Jules Sauerwein, ein Interview, in dem er darauf hinweist, daß die Wahl Hindenburgs keinerlei Einfluß auf die deutsche Außenpolitik habe. (Hört, hört! D. Red.) Die öffentliche Meinung Frankreichs, heißt es u. a. in dem Interview, habe öfters den Standpunkt vertreten, daß nur das demokratische Deutschland des Vertrauens würdig sei; jedoch sei die Politik, die Frankreich Deutschland gegenüber verfolge, wenig dazu angetan, dieses neue Deutschland zu stärken. Während der ersten Jahre seines Bestehens sei das neue Deutschland in außenpolitischer Hinsicht stets vor den Kopf gestoßen worden. Jedesmal, wenn die Führer der politischen Parteien die deutsche öffentliche Meinung zu einer Politik der Verständigung und der friedlichen Entwicklung zu bekehren versucht hätten, seien außenpolitische Ereignisse eingetreten, die natürlich eine Gegenreaktion der deutschen öffentlichen Meinung zur Folge gehabt hätten. Das beste Beispiel sei die Nichträumung der Kölner Zone am 10. Januar bald nach der Annahme des Dawes-Planes mit einer Mehrheit, die man bis dahin für unmöglich gehalten hätte. Der Verständigungsgedanke würde in Deutschland noch weitere Kreise erobert haben, wenn Köln bereits am 10. Januar geräumt worden wäre und Frankreich die Räumung der Ruhr, die auf jeden Fall am 15. August stattfinden müsse, zu einem früheren Zeitpunkt vorgenommen hätte. In allen Kreisen Deutschlands hätte man darin einen Erfolg der Verständigungspolitik gesehen. Statt dessen warte Deutschland seit vielen Monaten darauf, daß man ihm die Gründe, warum Köln nicht geräumt worden sei, mitteile und verbleibe in der Unsicherheit bezüglich dieser so wichtigen Frage. Deutschland sehe auch weiterhin, daß die Vorschläge, die es gemacht habe und die ein großes moralisches Opfer für das deutsche Volk darstellten, in Frankreich nicht die verständnisvolle Aufnahme gefunden hätten, die Deutschland erwarten durfte.

Partei Drehscheibe.

Prof. Kahl ist gegen Bürgerblock, Schwarzhaupt ist für Bürgerblock, Stresemann ist für nichts.

Berlin, 25. Mai. (Radiomeldung.)

Am Sonnabend und Sonntag tagte in Berlin der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei. Er setzt sich zusammen aus maßgebenden Mitgliedern der Reichstags- und preußischen Landtagsfraktionen, also aus Mitgliedern der Volkspartei, die in den Parlamenten die Politik ihrer Fraktionen bestimmen. Der Ausgang der Tagung wirft nicht nur ein schlechtes Licht auf diese Persönlichkeiten, sondern auch auf die von ihnen geführten Fraktionen. Man sprach endlos von Politik, ohne aber Grundsätze hervorzuheben und sich von ihnen leiten zu lassen. So gestaltete sich die ganze Sitzung des Zentralvorstandes zu einer großen Komödie und zu dem Bekenntnis einer Drehscheiben-Politik, wie sie Herr Stresemann auffaßt. Den besten Beweis für unsere Behauptungen liefert ein Vergleich des von Prof. Dr. Kahl gehaltenen Vortrags mit der Rede des Abgeordneten Schwarzhaupt über die politische Lage in Preußen. Der eine sprach sich entschieden gegen den Bürgerblock aus und deutete, daß der Beschluß der Volkspartei im Januar 1924 niemals so ausgelegt werden dürfe, als ob ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie grundsätzlich ausgeschlossen sei, während der andere einem ausgesprochenen Bürgerblock in Preußen das Wort redete, aber ohne gleichzeitig zu erklären, wie das jetzige Kabinett Braun gestürzt werden solle, ohne daß eine Landtagsauflösung folgt. Ist das überhaupt noch Politik? Der eine redete so, der andere anders — wie Herr Stresemann. Er selbst ist im Augenblick, wo die Parteipolitik und parlamentarischen Verhältnisse noch sehr unsicher sind, überhaupt für nichts. Er besitzt überhaupt keine Meinung und ist infolgedessen weder für Rechts noch für Links zu haben. So führte er zum Beispiel aus: „Es gibt für uns weder eine Anlehnung an eine Linksgruppierung noch eine Reichsblockpolitik." (!) Das leistete sich Herr Stresemann, obwohl im Reich der Reichsblock regiert und während man in Preußen bestrebt ist, den Deutschnationalen ebenfalls eine Vormachtstellung zu schaffen. Ja diesen Ausspruch erlaubt sich Herr Stresemann, obwohl er wenige Sekunden später erklärt: „Durch die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung sind die inneren Verhältnisse konsolidiert worden." (!) Es fehlt jetzt nur noch, daß Herr Stresemann seine Auffassung über den Sinn einer Konsolidierung zum Besten gibt. Wenn er das ehrlich tun würde, müßte er das Geständnis einer großen Pleite ablegen, wie es in Stuttgart geschehen ist und dann — Amen!!

Der Barmat-Staatsanwalt.

Eine Aktion zur Rettung seines Prestiges.

Die Staatsanwaltschaft in Moabit darf sich rühmen, einen neuen Reinfall erlitten zu haben. Auf Beschluß des Berliner Kammergerichts ist Julius Barmat am Sonnabend gegen eine Kaution von 45 000 Mark aus der Haft entlassen worden. Er begab sich in einem Krankenwagen noch im Laufe des Nachmittags in seine Privatwohnung. Dieser Beschluß wurde gefaßt, weil die anfänglich geforderten 200 000 Mk. durch die Familie selbst nicht aufzubringen waren.

Die ganze Behandlungsart der Haftentlassungsanträge des Verteidigers von Barmat durch die Justizbehörden, schließlich ihr Beschluß, Barmat gegen 200 000 Mark Kaution freizulassen, um dann auf 45 000 Mk. herunterzugehen, zeigt am besten, wie bitter schlecht es in dem Falle Barmat um die Staatsanwaltschaft steht. Der Sinn der Kaution ist, sich gegen die Flucht zu sichern. Wie groß aber muß der Fluchtverdacht der Staatsanwaltschaft gegenüber Barmat sein, wenn sie ihren Preis für diese Sicherheit innerhalb weniger Tage um drei Viertel des anfänglich vorgesehenen Satzes, auf 45 000 Mark, reduziert? Wir müssen schon sagen, der ganze Fall Barmat wächst sich langsam zu einer großen Lächerlichkeit aus. Entweder ist Barmat schuldig und haftfähig, und dann hätte er in Haft bleiben können, oder aber er ist weder schuldig noch haftfähig, und in diesem Falle ist es geradezu lächerlich, seine Freilassung von der Hinterlegung von 45 000 Mark abhängig zu machen. Eine Flucht kann jedenfalls auch durch die Hinterlegung von 45 000 Mark nicht verhindert werden.

So hinterläßt die ganze Haftentlassungs-Affäre in der Angelegenheit von Julius Barmat den Eindruck, daß die 45 000 Mark in Wirklichkeit zur Rettung des Prestiges der Staatsanwaltschaft gezahlt werden mußten. Man wollte einfach nicht schon heute die große Pleite gestehen und erkennen lassen, daß Ende Dezember vorigen Jahres ein großes Aufgebot von Kriminalbeamten mit Wasserschutz und Flugzeugen nutzlos gegen Schwanenwerder aufgeboten wurde und die Herren Staatsanwälte bis heute vergeblich nach durchschlagendem Material gesucht haben. Einmal aber wird die Oeffentlichkeit doch die Wahrheit erfahren, und dieser Augenblick dürfte zu einem Gericht über die Herren werden, die sich in der Angelegenheit der Gebrüder Barmat als Weltreisende und Informatoren der Rechtspresse betätigt haben.

Deutsche Arbeiter als Gäste der ILP.

Aus London wird uns geschrieben: Ein vom schönsten Geiste internationaler Solidarität erfüllter Empfang deutscher Arbeiter durch die Vertreter und führenden Mitglieder der Independent Labour Party fand am 21. Mai im Hause der ILP. in London statt. Die englischen Genossen haben die Ankunft von 50 Deutschen, größtenteils Gewerkschaftlern und organisierten Sozialdemokraten in England dazu benutzt, um ihnen persönlich zum Ausdruck zu bringen, wie sehr ihnen die Verständigung mit der deutschen Arbeiterschaft, die Gemeinschaft des Weges und die Gemeinschaft des Zieles eine Herzenssache ist. Der Vorsitzende der Partei, Genosse Clifford Allen, begrüßte die deutschen Arbeiter, die unter der Führung des „Frankfurter Bundes für Volksbildung" England besucht haben, mit jener vorbehaltlosen Herzlichkeit, wie sie nach dem Kriege bisher nur zwischen den Sozialisten der verschiedenen Nationen üblich und möglich geworden ist. Nachdem der Führer der deutschen Reisegesellschaft, Genosse Dr. Epstein (Frankfurt) der ILP. für die unvergeßliche Aufnahme gedankt hatte, fanden sich eine Reihe führender englischer Genossen bereit, die Fragen, die ihnen von den deutschen Genossen gestellt wurden, zu beantworten. Von besonderem Interesse für die Deutschen war aus dem Munde des Generalsekretärs der ILP., dem auch in Deutschland bekannten Genossen Fenner Brockway, zu hören, wie sehr die englischen Genossen die deutsche Jugendorganisation der Partei schätzten und wie die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250525-14/fragment/page=0002
DFG

deutsche Arbeiterjugendbewegung und die jungsozialistische Bewegung den Hauptanstoß und die organisatorischen Formen für die Organisation der JLP. „Guild of Youth“, der neu gegründeten englischen Jugendorganisationen der Partei gegeben habe.

Alle Anwesenden waren sich darüber klar, daß diese persönliche Aussprache der Arbeiter der ehemals feindlichen Länder dazu angetan ist, die Brücken zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder, die der Krieg zerstört hatte, wieder aufzubauen, und daß hier, nach den Worten eines Redners, die „größere Internationale“ der Zukunft, die europäische Gemeinschaft, aufgebaut auf der gegenseitigen Kenntnis, gegenseitigen Schätzung, ebenso wie auf den gegenseitigen Interessen vorbereitet werde.

Hitler / Roßbach.

München, 25. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

In seinem eigenen Organ, dem „Völkischen Beobachter“, teilt Hitler mit, daß die österreichische Regierung nunmehr seinem Ansuchen entsprochen und ihn aus dem österreichischen Staatsverband entlassen hätte. Hitler besitze also gegenwärtig keine Staatsangehörigkeit mehr. Nach dem gleichen Blatt beabsichtigt der frühere Oberleutnant Roßbach, gegen den seit November 1923 wegen seiner aktiven Beteiligung am Hitlerputsch vom Münchener Staatsanwalt Haftbefehl erlassen worden war, sich nunmehr dem Staatsgerichtshof zu stellen. (Er wird wahrscheinlich auf gnädige Richter rechnen. — D. Red.) Roßbach hat sich seit seiner Flucht aus München in Oesterreich aufgehalten.

Aus aller Welt.

Erdbeben in Japan.

Viele Ortschaften vernichtet.

Tokio, 25. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Ein neues Erdbeben suchte am Sonnabend die westliche Küste von Japan heim. Viele Ortschaften wurden vernichtet. Da die Telegraphenlinien zerstört sind, ist vorläufig eine genaue Mitteilung über die Höhe des Schadens und die Zahl der Opfer noch nicht möglich. Die Berichte aus der betroffenen Zone melden übereinstimmend, daß die Zahl der Toten und Verletzten außerordentlich hoch sei. Drei Städte wurden gänzlich zerstört. Mehrere Tunnels sind eingestürzt, zahlreiche Brücken brachen auseinander. In mehreren Gegenden sind die Talsperren durchbrochen, dadurch ist die Gefahr eines Wassermangels äußerst groß. Das Erdbeben hatte seinen Kern im Bereiche der Präfekturen Hiogo und Kioto. Auch Osaka wurde vom Erdbeben berührt. Hilfsexpeditionen größten Stils wurden sofort ausgerüstet und Extrazüge mit Sanitätern, Aerzten und Verbandsmaterial sind nach der betroffenen Zone abgeschickt worden.

Der Umfang der Katastrophe.

Paris, 25. Mai.

Ueber das Erdbeben in Japan liegen hier folgende Nachrichten vor: Am meisten litt der südwestliche Teil der Insel Hondo. Mehrere Städte wurden zerstört. Die Zahl der Toten beträgt mehrere Tausende. Die Städte Kinosaki und Toyoka wurden beinahe vollkommen durch Brände zerstört, die nach dem Erdbeben auftraten. Die frühere Hauptstadt Japans, Kioto, litt ganz besonders. Tokio und Jokohama blieben diesmal verschont. Ein Funkspruch aus Osaka teilt mit, daß diese Stadt nicht gelitten habe, aber das Erdbeben wurde auch dort verspürt. Derselbe Funkspruch teilt mit, daß der Erdstoß um 11.10 Uhr begann und etwa 3 Minuten dauerte. In der Nähe von Aschiya stürzte ein Tunnel in dem Augenblick ein, da ein Zug mit Reisenden durchfuhr. In Jenbudo fiel ein Zug in eine Schlucht

Tokio, 25. Mai. (Radiomeldung.)

Das Erdbeben an der Westküste hat zahlreiche Opfer gefordert. Vorläufig schätzt man die Zahl der Toten auf 1500. Das Beben scheint von nahezu ähnlicher Stärke gewesen zu sein, wie das am 30. September 1923. Damals wurden allerdings große Städte betroffen, während sich der Herd des Bebens diesmal an einer mehr ländlichen Gegend befindet. Nahezu völlig zerstört ist die Stadt Toyoka, die rund 10 000 Einwohner zählt. Hier brach nach dem Erdbeben ein Brand aus, wodurch fast die Hälfte der Stadt eingeäschert wurde. Auch eine Schule ist während des Unterrichts eingestürzt, so daß zahlreiche Kinder umgekommen sind.

Wann kehrt Amundsen zurück?

Oslo, 25. Mai. (Radiomeldung.)

Bis zum Sonntagabend lagen von Amundsen und seinen Flugbegleitern keine Nachrichten vor. Einstweilen ist das Wetter im Nordpolgebiet noch gut, doch weisen Anzeichen darauf hin, daß das günstige Wetter sich seinem Ende nähert, wodurch die Schwierigkeiten für die Rückkehr der Nordpolforscher bedeutend erhöht würden.

Revolver- und Bombenattentat.

Prag, 25. Mai. (WTB.)

Nach einer Meldung des tschecho-slowakischen Pressebureaus wurde gestern im Gebäude des tschecho-slowakischen Konsulates in Krakau ein Revolver- und Bombenattentat verübt, dem der Amtsdiener des Konsulates und ein Konsularbeamter zum Opfer fielen. Der Täter wurde verhaftet. Es wurde festgestellt, daß er die Tat aus privaten Motiven ausübte.

Das Disziplinarverfahren gegen Gumbel eingestellt. Nach einer Meldung der „Welt am Montag“ hat die Philosophische Fakultät der Heidelberger Universität das gegen den Privatdozenten Dr. Gumbel schwebende Disziplinarverfahren eingestellt. In dem Gutachten der Fakultät heißt es, daß zwar erhebliche Bedenken gegen Gumbel beständen, daß diese aber nicht zur Entziehung der Lehrberechtigung ausreichend seien.

Schweres Unwetter im Erzgebirge. Die östlichen Ausläufer des Erzgebirges sind von einem heftigen Gewitter und starken Hagelschlägen heimgesucht worden. In Reinhardtsgrimma und Reinholdsheim wurden Straßen und Felder von den 30 cm hoch liegenden Hagelkörnern bedeckt. Die Bäume sind des Laubes und der Blüten beraubt. Der Regen und die schnell schmelzenden Eismassen verwandelten die Bäche in reißende Flüsse, die Wiesen und Felder überschwemmten.

Ein türkischer Dampfer ist am Eingang zum Bosporus gesunken. 44 Passagiere und Mannschaften sind dabei umgekommen. Fünf Seeleute wurden gerettet.

Kunst · Wissenschaft · Leben

Ein filmendes Wunderpferd.

Tom Mix, der zurzeit vielgenannte amerikanische Cowboy-Filmstar, der auf seiner Europafahrt kürzlich in Berlin eingetroffen ist, plaudert im Londoner „Tit Bits“ von seinem Hengst Tony und nennt ihn seinen besten Freund und zuverlässigsten Filmkollegen. „Viele Leute“, schreibt Tom Mix u. a., „haben mich gefragt, weshalb ich es mich habe soviel Geld kosten lassen, um meinen Tony mit nach Europa zu nehmen. Ich kann darauf nur antworten, daß wir beide unzertrennlich sind. Tonys Aufstieg zum Ruhm ist nicht minder abenteuerlich als meine eigene Laufbahn. Vor acht Jahren war Tony ein häßliches, unscheinbares Fohlen, dessen Mutter im Dienste eines herumziehenden Gemüsehändlers ein elendes Dasein fristete. Ich sah Tony zum erstenmal, als ich eines Morgens einen Spaziergang in Neuyork machte. Ich befand mich in Gesellschaft eines Freundes, der meine Aufmerksamkeit auf die schneidige Haltung des neben dem Gemüsekarren einhertrottenden Füllens lenkte. Als ich den Gemüsehändler fragte, ob er das Fohlen verkaufen wollte, verwies er mich an seinen Sohn, den Eigentümer des Pferdes. Ich wurde mit diesem auch einig und erstand Tony für 20 Dollars. Die Quittung über den Empfang des Geldes wurde auf einen zerknitterten Briefumschlag geschrieben, den ich als teure Erinnerung aufbewahre. Tony ist im übrigen nicht so dunkel, wie er im Film erscheint. Seine Klugheit ist geradezu fabelhaft. Wenn beispielsweise der Mann am Kurbelkasten sein „Fertig!“ ruft, setzt sich Tony sofort mit der Treffsicherheit eines erfahrenen Schauspielers in bühnenmäßiger Positur. Er weiß genau, wenn es 4 Uhr nachmittags ist, und daß damit das Ende seiner Spielverpflichtung gekommen ist. Er weigert sich deshalb auch entschieden, sich nach 4 Uhr noch filmen zu lassen. Ich denke, daß Tony der einzige Gaul in der Welt ist, der ein Auto sein eigen nennt. Dieses Auto trägt eine angesehene Fabrikmarke und ist als fahrbarer Stall konstruiert, mit einem Seitenabteil, in dem der Pferdewärter Platz findet. Ein sogenanntes „Trick“-Pferd ist Tony nicht. Er ist von Natur aus außerordentlich befähigt und hat alles aus eigenem gelernt. Ich habe es deshalb gar nicht nötig gehabt, ihm erst mühsam irgendwelche Kunststücke beizubringen. Ich erkläre ihm einfach, was von ihm verlangt wird, das andere geschieht dann ohne mein Zutun. Er versteht eben jedes Wort.“

Telephonverkehr zwischen Neuyork und London. Nachdem bereits vor einiger Zeit der drahtlose Telephonverkehr zwischen Paris und London aufgenommen werden konnte, kann jetzt damit gerechnet werden, daß in naher Zeit auch zwischen London und Neuyork ein regulärer und allgemein zugänglicher Telephonverkehr bestehen wird. Zwischen Rocky Point bei Neuyork und den englischen Versuchsstationen Bridge-Water und Swindon ist es bereits gelungen, unter Verwendung von normalen Telephonapparaten mit vollkommener Klarheit und Deutlichkeit zu sprechen. In Rugby in England wird zurzeit eine Sendestation nach dem Muster von Rocky Point gebaut, und die englische Postverwaltung ist sogar bereits damit beschäftigt, die Gesprächsgebühren festzusetzen. Bis zur Fertigstellung der englischen Sendestation kann nur in der Richtung von Neuyork nach London gesprochen werden.

Signalzwang für Fußgänger. Wenn auch in den weitaus meisten Fällen das rücksichtslose oder unvorsichtige Verhalten der Autolenker die Schuld an den zahlreichen Verkehrsunfällen in den modernen Großstädten hat, so ist es doch andererseits eine oft erhärtete Tatsache, daß auch die Fußgänger sich nicht selten in wenig zweckmäßiger Weise verhalten. Insbesondere geschieht es häufig, daß Passanten plötzlich den Bürgersteig verlassen, ohne sich vorher entsprechend vorgesehen zu haben, und hierbei unvermittelt in die Bahn eines gerade in voller Fahrt daherkommenden Autos geraten, daß der Fahrer selbst beim besten Willen und bei größter Geschicklichkeit nur selten das drohende Unglück noch im letzten Augenblick zu verhindern vermag. In London denkt man daher jetzt daran, es jedem Fußgänger zur Pflicht zu machen, durch ein deutliches Zeichen seine Absicht, den Fahrdamm zu überqueren, kundzutun, bevor er den Bürgersteig verläßt.

Versuchstier oder Henkersopfer?

Von L. M. Dieck-Man.

Durch die deutsche Presse geht neuerdings ein von namhaften Medizinern unterzeichneter Aufruf, der nicht weniger fordert als ein Gesetz, welches die Freigabe von Verbrechern, die zum Tode verurteilt worden sind, für medizinische Forschungszwecke anordnet. An sich ist dieser Vorschlag nicht neu. Es hat zu allen Zeiten Stimmen gegeben, die dafür eintraten, den Delinquenten zum Wohle der Allgemeinheit der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung zu stellen, anstatt ihm ohne Nutzen für irgendwen den Kopf abzuschlagen. Und trotzdem hat kein Kulturstaat bis heute gewagt, dieser Forderung nachzukommen.

Daß auch den Aerzten, die neuerdings wieder für ein solches Gesetz eintreten, allerlei Bedenken gekommen sind, ersieht man am deutlichsten aus der Formulierung des Vorschlages. Zunächst ist die Einschränkung gemacht, nicht privaten, sondern nur staatlichen Instituten die Vergünstigung dieses Gesetzes zukommen zu lassen. Man denkt also auch in medizinischen Kreisen daran, daß ohne staatliche Aufsicht leicht Mißbrauch mit dem Gesetz getrieben werden könnte. Wer aber will alle Verirrungen und Leidenschaften des Menschen ausschalten, denen der Arzt so gut wie irgendwer ausgesetzt ist? Denn der Verbrecher mag noch so verächtlich sein, das Leben kann er verwirken, aber niemals dürfen andere Menschen mit diesem schuldigen Leben frivol spielen!

Die unterzeichnenden Aerzte stützen die Notwendigkeit ihrer Forderung auf die Erfahrungstatsache, daß die Tierexperimente unzureichend sind. Sie behaupten, daß ein zu Tode Verurteilter, wenn er sich zum Wohle der Allgemeinheit zur Verfügung stellt, gewissermaßen eine bessere, zureichendere Sühne leiste. Um der Forderung den Charakter jeder Gewaltsamkeit zu nehmen, soll es dem freien Willen des Verbrechers überlassen bleiben, ob er sich zu den Experimenten hergibt oder nicht. Außerdem wird noch die Gewährung von Vergünstigungen, deren sich der Verurteilte sonst nicht erfreut, in Aussicht gestellt. So z. B. soll sich der Verbrecher, je öfter er sich zur Verfügung gestellt hat, desto größerer Vergünstigungen erfreuen. Die Zwischenräume, innerhalb welcher er herangezogen wird, sollen immer mehr vergrößert werden, so daß sich der Körper erholen kann. Ferner soll eine Abstufung in der Verwendung stattfinden, und zwar nach abnehmender Gefährlichkeit der Versuche. Und schließlich kann ein Verbrecher, der sich öfter in dieser Weise um die leidende Menschheit erworben hat, später ganz in Ruhe gelassen werden und sein Leben unter den denkbarsten Erleichterungen der Haftbedingungen zubringen dürfen.

Auf den ersten Blick sieht dieser Vorschlag sehr human und fortschrittlich aus. Und doch ist er von unerhörter Grausamkeit! Er ist so grausam, daß er selbst für den abscheulichsten Mörder nicht in Anwendung kommen dürfte. Was zunächst das Erfordernis des Einverständnisses des Delinquenten betrifft, — wie oft wird er nicht unter dem zermürbenden Einfluß der langen Haft, dem Zureden der Aerzte, dem Druck „tüchtiger“ Wärter, Entschlüsse fassen, zu denen er normalerweise nie gekommen wäre! Auch ist es schlechthin unsittlich zu nennen, wenn man die Gewährung von Vergünstigungen abhängig davon macht, daß ein Mensch sein Leben in Gefahr bringt. Und wie grausam ist die „Aussicht“, in immer größer werdenden Zeiträumen herangezogen zu werden, damit sich der Organismus wieder erholen kann, um — dann wieder herangezogen zu werden. Muß nicht ein solches Leben in ewiger Bangnis viel schlimmer sein als der Gedanke an das Schafott? Zwar soll die Gefährlichkeit der Experimente mit der Zeit abnehmen. Aber kann man denn überhaupt von einem völlig unbekannten Verfahren, dessen Zuverlässigkeit und Anwendungsmöglichkeit überhaupt erst erprobt werden soll, sagen, ob es mehr oder weniger gefährlich ist als ein anderes, ebenso unbekanntes. Und schließlich soll dem Verbrecher, wenn er sich in solcher Weise Verdienste um die Menschheit erworben hat, die Zukunft erleichtert werden. Wann? Es fehlt ja jeglicher Maßstab zur Beurteilung des Verdienstes. Ja, ist man nicht sogar geneigt, eine Sache, die vor der Ausführung als gefährlich galt, wenn sie doch glücklich gelungen ist, etwas von obenhin zu beurteilen? Der Aermste, der hiervon abhängig sein muß! Es sollen ihm Erleichterungen gewährt werden, wenn, — wenn er nicht unter dem Messer des Arztes verblutet ist, wenn er mittlerweile vor Angst nicht irrsinnig geworden, wenn er nicht nach einigen solchen qualvollen Experimenten sich schließlich zu nichts mehr hergibt und dann — wieder ins Zuchthaus zurück, eventuell doch noch aufs Schafott muß.

Die Befürworter des Gesetzesvorschlages werden selbst über seine sittliche Zulässigkeit Zweifel gehabt haben. Deshalb fordern sie z. B. ausdrücklich, daß dem Verbrecher vorher die volle Wahrheit über die Gefährlichkeit der mit ihm anzustellenden Versuche gesagt werde. Aber wer steht dafür ein, wenn der Forschungseifer des Arztes sich hierüber hinwegsetzt? Und davon ganz abgesehen, wie oft ist nicht der Arzt in seiner Praxis gezwungen, dem Patienten nicht alles zu sagen, weil eben der Laie manches anders sieht als der Arzt. Hier wird der Arzt noch eher geneigt sein, mit der Wahrheit zurückzuhalten, aber es werden alles eher als humane Gründe sein.

Gewiß schmeichelt es dem menschlichen Verstande, ein unnützes Todesopfer zu vermeiden und statt dessen Fortschritte zum Wohle der Menschheit zu erzielen. Für den Delinquenten wäre ein „Versuchstier-Leben“ auf jeden Fall schlimmer als die Aussicht auf das Schafott. Auch der todeswürdigste Verbrecher darf nicht zu einem bloßen Mittel erniedrigt werden, selbst wenn der Zweck an sich gut ist.

Hallesches Kunstleben.

Philharmonie.

12., Letztes Konzert.

Dirigent: Dr. Göhler. Solist: Prof. Kulenkampff (Violine).

(Generalprobe.)

Das gestrige, letzte Konzert stand im Zeichen der zwei böhmischen Musikheroen Smetana und Dvorak, auch Joh. Brahms'. Von den böhmischen Meistern erfuhr man in Deutschland lange Zeit nichts. Erst Pollini in Hamburg brachte Smetanas „Verkaufte Braut“ erstmalig mit deutschem Text, und der Erfolg war so groß, daß fast alle deutschen Theater die Oper erwarben. Bald folgten die Opern „Der Kuß“ und „Dalibor“. Smetana wird heute als böhmischer Mozart bezeichnet; seine Opern haben alle Welt erobert und beherrschen den Spielplan der Operntheater in unverminderter Kraft. Auch A. Dvorak kam erst nach seiner Amerikareise bei uns zur Geltung; heute steht er mit seinen Symphonien, Kammermusikwerken wie seinen Liedern in der ersten Reihe der Komponisten und gilt als der bedeutendste Vertreter der slawischen Musik. Dvorak ist ein Kontrapunktiker von Gottes Gnaden; aus jedem seiner Themen springen Funken, alles ist absolute Musik, aus vollster Empfindung gegeben, nirgends versteckte Probleme, überall hinreißende Melodik, die auf dem Boden des geliebten Böhmerlandes emporwuchs.

Johannes Brahms' 1. Symphonie trägt die Opuszahl 68. Es ist ganz eigenartig, daß der Meister den Boden dieser Kunstform so spät betrat; sicher nur ein Beweis für die Anforderungen, die er an ein solches Werk stellte. Durch diese ganze 1. Symphonie, die 1876 entstand, geht ein herber Zug, ein dumpf ringendes Kämpfen, oft von Verzweiflung, doch auch von wehmütiger Entsagung erfüllt; am Schluß wiede ein geistvoller Siegeshymnus, der an Beethoven gemahnt. Wenn der Komponist im ersten Satze uns einen Verzweiflungskampf schildert, so führt er mit dem Andante sostenuto in eine weihevolle Stimmung von ausnehmender Schönheit. Der dritte Satz ist ein graziles Allegretto von geistreichen Themen, der vierte ein breit ausladendes Adagio von großen Dimensionen, das in ein Allegro non troppo ausklingt.

Von Smetana hörten wir aus dem hervorragenden Zyklus „Mein Vaterland“ die symphonische Dichtung „Vyserad“, die den Felsen gleichen Namens, der bei Prag an der Moldau sich erhebt, verherrlichen soll; dieses Opus hat einen stark kriegerischen Charakter und läßt viele böhmisch gefärbte Melodien durchklingen. Dvoraks Violinkonzert zeigt in seinem Satze, in seiner ganzen Fassung die überragende Kunst des Meisters: eine lebensfrische, wundervolle Musik, die wahrhaft erquickt.

Georg Kulenkampff spielte dieses immens schwere Werk mit prächtiger Technik, warm beseelter Kantilene und bedeutendem rhythmischen Gefühl; lediglich in den Doppelgriffen wie in den Flageolettönen schien einiges nicht ganz rein. Der Künstler wurde mit großem Beifall beehrt.

Dr. Göhler leitete die drei Werke mit viel Umsicht und feinem Verständnis; das Städtische wie das Symphonie-Orchester spielten tonschön und korrekt. Dirigent und Orchester hatten ebenfalls großen Beifall.

S. M.

Hallesches Theater- und Kunstleben.

Das Moskauer Kammertheater (Direktion Alexander Tairoff), das am kommenden Sonntag, dem 31. Mai (1. Pfingstfeiertag) im Stadttheater gastiert, bringt die Pantomime „Der Schleier der Pierrette“ von Artur Schnitzler mit der Musik von Dohnanyi zur Aufführung. Eine Wiederholung des Gastspiels ist infolge anderweitiger Verpflichtungen des Moskauer Kammertheaters nicht möglich. — Am heutigen Montag 7½ Uhr: „Kreidekreis“. Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Wiederholungen der erfolgreichen Operette Kalmans „Gräfin Mariza“ mit Margarete Rößner als Gast in der Titelpartie. — Am Freitag geht im Stadttheater die Uraufführung von Bert. Schiffs „Bankkrach“ in Szene. — Sonntag: „Der Schleier der Pierrette“. — Montag: „Gräfin Mariza“.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250525-14/fragment/page=0003

Das wandernde Licht.

Von Auguste Groner.

Copyright 1924 by Greiner und Komp., Berlin W 30.

17] (Nachdruck verboten.)

„Er ist eben ganz von seiner Untersuchung in Anspruch genommen."

„Dann hat er eine ganz eigene Art, zu arbeiten."

„Wie meinst du das?"

Als ich hinaufkam, war der Wachmann schon weggegangen. Er saß im Gange unten. Herr Müller, sagte er, habe ihn gleich bei seinem Kommen seines Postens enthoben, denn er wollte ungestört sein.

Ich ging trotzdem hinauf. Natürlich wollte ich Auskünfte haben, aber ich bekam keine. Dieser Herr Müller versteht es vortrefflich, Fragen zu überhören oder sie zu umgehen, und dabei sitzt er rauchend in unserem schönsten Sessel.

Lena mußte lachen.

„Heimlichkeit gehört ja zu seinem Beruf," sagte sie.

„Richtig, und ebenso das Ausforschen."

„Hat er dich ausgeforscht? Du kennst doch weder den Toten, noch weißt du, warum er in unser Haus gekommen ist. Gestohlen wurde doch nichts."

„Herrn Müllers Fragen bezogen sich nicht auf den Ermordeten. Er fragte mich nur nach dem Plan unseres Landhauses."

„Den du nie gehabt hast."

„Der längst nicht mehr existiert. Und er interessiert sich lebhaft dafür, ob irgendeine Dame der Familie sich die Haare färbt."

„Merkwürdige Frage. Kannst du dir nicht vorstellen, warum er sie stellte?"

„Nein!"

„Ich hätte ihn danach gefragt."

„Du hättest ihn nicht danach gefragt. Diesen Mann fragt man nicht, dem antwortet man nur."

„Da hat er dich vielleicht so schnell — entlassen? Du bist nämlich nicht lange oben gewesen."

„Tatsächlich. Es war eine „Entlassung". So wie dieser Mensch hat mich" — Baron Welz hielt inne, dann schloß er zögernd: „noch niemand behandelt."

„Was war er denn früher?" erkundigte sich Lena.

„Kommissar Horn erzählte mir, Müller sei Offizier gewesen. Seine Frau, nun längst tot, wurde von einem Schurken beleidigt, den er im Jähzorn niederschlug. Da die Sache nicht reglementmäßig vor sich gegangen war, kam Müller auf die Festung und konnte nach verbüßter Strafe nicht mehr Offizier bleiben."

„Und da wurde er Detektiv?"

„Ja, nachdem er, mehr zufällig als gewollt, der Polizei nach dieser Richtung einen unschätzbaren Dienst geleistet hatte."

„Welchen Dienst?"

„Aha, du bist auch neugierig. Nun, ich stellte dem Kommissar gestern die Frage, erfuhr jedoch nur, daß sich bei jenem Fall durch Müllers Scharfsinn die Schuldlosigkeit einer Person herausstellte, die, eines schweren Verbrechens „überwiesen", bereits ein halbes Jahr im Zuchthause saß."

„Mein Gott!"

Seit jener Zeit ist Müller einer der geschätztesten Geheimpolizisten der Wiener Polizei.

„Du sagtest, er sei Privatdetektiv?"

„Er hat sich krankheitshalber ins Privatleben zurückgezogen und läßt sich nur noch in besonderen Fällen bereit finden, der Behörde seine Dienste zur Verfügung zu stellen."

„Bitte, Papa, laß mich bei der Kirche aussteigen."

„Gut. Sage: Färbt Mama vielleicht ihr Haar?"

„Fällt ihr nicht ein."

„Oder du?"

„Die Luise vielleicht oder die Rosine?"

„Die zwei färben ihr Haar sicherlich auch nicht, sonst hätte ich es schon gemerkt."

Bald danach hielt das Auto und Lena stieg aus.

Die Stadtwohnung der Welz befand sich auf der Wieden.

Als das Auto am Naschmarkt vorbeisauste, fuhr Welz, der bis dahin angestrengt nachgedacht hatte, wie von einem Hieb getroffen, zusammen. Dann murmelte er: „Die Bianchi färbt sich die Haare."

Nach einer Weile wurde er wieder ruhig.

Seine Frau wußte ja schon, daß er der hübschen, aber unbedeutenden Schauspielerin die Schätze, die das alte Landhaus umschloß, gezeigt hatte.

Was für eine Szene diese ihm gestern gemacht hatte! Als ob nicht schon manch anderer und manch andere darum gebeten hatten, seine Kunstsammlung zu sehen? Da hatte seine Frau doch niemals geredet. Freilich, bezüglich der Bianchi war es etwas anderes. Das wußte er nur zu gut. Wie ein Narr war er hinter dieser raffinierten Kokette hergewesen. Ohne viel Erfolg. Das wurmte ihn selbst heute, da doch so viel Wichtigeres sein Denken hätte ausfüllen sollen.

Als das Auto bei der Paulanerkirche vorüberfuhr, zuckte er abermals zusammen.

Eine Erinnerung war in ihm aufgestiegen, eine ihn jetzt schon peinigende Erinnerung an ein Geschehnis, das sich im letzten Sommer Ende Juli zugetragen hatte. Diese rief tausend Fragen in ihm wach.

Ganz verwirrt wurde der sonst so kaltblütige Mann, der sich allen Situationen gewachsen glaubte. Nicht eine der Fragen, die er sich jetzt stellte, konnte er sich mit Sicherheit beantworten.

Nur eine Frage des Detektivs hätte er jetzt beantworten können: In dem grünen Zimmer muß eine Frau gewesen sein, die sich das Haar färbt. Wer war das?"

*

Als der Detektiv Joseph Müller sich bald nach seiner Ankunft in dem Landhause vom Kommissar Horn verabschiedete, um nun ernstlich an die Arbeit zu gehen, sah er nicht mehr unscheinbar aus. Ganz straff war seine Haltung geworden, seine bleichen Wangen hatten sich gefärbt und seine sonst so matten Augen hatten einen lebhaften Glanz. Er sah um Jahre jünger aus.

Horn war nach einem festen Händedruck gegangen. Noch lag auf dem Gesicht des Gehenden und Bleibenden ein Lächeln, als die Tür sich zwischen beiden schloß. Es blieb in Horns Gesicht noch, während er schon seinen Wagen bestieg.

Auf Müllers Gesicht verdämmerte es jedoch sehr bald, als er, den gelben Salon durchschreitend, die Fußspitze gewahrte, die im nächsten Raum zur Zimmerdecke emporgerichtet war.

Müller hatte, solange der Kommissar bei ihm war, nur flüchtig das grüne Zimmer überblickt und dann die Tür wieder halb zugezogen. Horn hatte ihm das alles mitgeteilt, was er bereits ermittelt hatte. Es war, wie er selber sagte, wenig genug.

Müller war nun allein mit dem Toten. Er drängte langsam die Flügel der Tür zurück, die ihm den Blick in das Mordzimmer verwehrten, und ließ seine Augen dann lange auf dem Ermordeten ruhen.

„Du hast nicht in dieses Gewand gehört."

Das war sein erster Gedanke, als er den feinen Kopf betrachtete, der ihn mit glasigen Augen anstarrte, als er den feingezeichneten Mund sah, der wie zu einem Seufzer oder zu einem Ausruf halb geöffnet war, und zwischen dessen blassen Lippen weiße Zähne hervorblitzten.

(Fortsetzung folgt.)

Die
Musselin-Tage
der Mitteldeutschen Textil-Gesellschaft mbH., Gr. Ulrichstr. 12 u. 52
3737
bilden die größte Verkaufs-Veranstaltung für den Sommer!
Beginn heute! Beachten Sie bitte unsere Sonder-Ausstellung!

Vereins-Kalender

der SPD.,
Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Halle.

SAJ. Heute abend pünktlich 1/28 Uhr Musikstunde.

Aus dem Bezirk.

Ammendorf. Dienstag, den 26. Mai, abends 8 Uhr im Restaurant „Zur Warte": Generalversammlung. Tagesordnung: Jahresbericht und Neuwahl des Vorstandes. Alle Genossen müssen zur Stelle sein.

Merseburg. Arbeiter-Wohlfahrt. Mittwoch, den 27. Mai, abends 8 Uhr: Versammlung in der Nähstube „Vorwerk". Zahlreiches Erscheinen der Genossinnen ist erwünscht. 7½ Uhr: Vorstandssitzung.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Bezirk 2 u. 4. Sonnabend, den 30. Mai 1925 (Pfingstsonnabend), im „Heideschlößchen", Dölau: Republikan. Abend. Beginn abends 7 Uhr. Ende ? ? ? Eintritt 50 Pfg. einschl. Tanzkarte. (Tanz, Gesang, Vorträge, plastische Darbietungen, Tombola). Mitwirk.: Reichsbannerkapelle, Freier Sängerchor und das Jungbanner. Alle Republikaner mit ihren Familien und Bekannten sind herzlichst eingeladen. Abmarsch abds. 7 Uhr vom Hallmarkt. Radfahrer „Robert-Franz-Halle". Außerdem fahren um 5.40, 6.40, 7.30 und 10 Uhr Züge ab Hettstedter Bahn bis Dölau Heide.

Fahrräder
Stoewers Greif und andere erstklassige Fabrikate
Zahlungserleichterung 3637
Gustav Lerche
Kl. Ulrichstraße 33 Tel. 8111
Eigene Reparaturwerkstatt

Stadt-Theater.
Dienstag, 7½ Uhr:
Gräfin Mariza
mit den Damen: Rößner, Kunze, Kirchhoff, Hein.
Den Herren: Schroers, Laugwitz, Tiedemann Herlt, Grimm, Weber.
Ende 11 Uhr
Mittwoch, 7½ Uhr:
Rodelinde

Rucksäcke
sehr billig
Hugo Krasemann
Nur Schmeerstr.
Lederwaren-Haus.

Volkspark
Burgstr. 27 Haltestelle Linie 8
Morgen, Dienstag, abend ¾8 Uhr:
Gr. Operetten-Abend
ausgeführt von der 35 Mann starken Kapelle unter Leitung des Musikdirektors Schütze (Leipzig).
Eintritt 50 Pfg.
3732

Billige Stoffe
für Minderbemittelte (Sozialrentner, Invaliden) in Abschnitten von 3,10 Mtr. Länge zum Preise von
18–28 Mk.
pro Stück.
Verkauf: Dienstag von 5–8 Uhr im Bureau, Harz 42–44, 2Tr.
Arbeiter-Wohlfahrt Halle

Malerarbeiten
führt billigst aus.
Off. unter V H 31 an die Exped. d. Blattes

Sohlleder-Ausschnitt
Eichengrubengerbung
billigst 3618
Lederhandlung
Freund
Rudolf-Haymstr. 10.

Kinderwagen Klappwagen Korbmöbel
empfiehlt billigst
Franz Reinhardt,
Kl. Brauhausstr. 21
3592

Kleine Inserate
finden hier weiteste Verbreitung!

Auf Teilzahlung
erhalten Sie:
Anzüge, Kostüme, Kleider, Schuhe, Wäsche usw.
Graseweg 3b, II
bei Thiele.

Halt!
Kleine Anzeigen
wie: Kauf-Gesuche und -Angebote, Vermietungen, Unterricht, Stellengesuche, Vereinsnachrichten usw. finden hier stets ihren Erfolg!

Arbeitsamt Eisleben.

Petristraße 9. Fernsprecher 131.

Es werden gesucht:

Gewerbliche Abteilung: Klempner, Tischlergesellen für bessere Arbeiten, 1 Kraftwagenführer, 1 jüng. Stellmacher, 1 älteres Ehepaar (Invalid) für Garten und Hausarbeit, 1 Hundefänger. — **Landwirtschaftliche Abteilung:** 1 junger Verwalter, ledige Geschirrführer, 1. Unterschweizer. — **Lehrstellenvermittlung:** 1 Gärtnerlehrling für sofort. — **Weibliche Abteilung:** Aufwartungen, Dienstmädchen, Haus- und Stallmädchen für Land, Kaffeeköchin, Kochmamsell, Küchenmädchen für Kurorte im Harz, 1 Waschmädchen für Hotel im Harz, Wirtschafterin für Landwirtschaft.

„Waldflora"
Reinstes Naturprodukt
(gesetzlich geschützt) **nehmen alle Rheumatismus-, Gicht-, Ischias-, an Geschwüren sowie an allen Blutkrankheiten Leidende.** Alle unsere „Waldflora"-Erzeugnisse sind **keine Tees zum Kochen,** sondern garantiert reinste Kräuter bezw. Blüten in Pulverform.
1 Teelöffel „Waldflora" gleicht 55 Tassen Tee.
So urteilt man über „Waldflora":
Werdau, den 15. Nov. 1924. „Ich habe volles Vertrauen zu „Waldflora", habe selbst eine Kur auf Darmgeschwüre hin gemacht und bin damit außerordentlich zufrieden usw." gez. K. A. W., Werdau.
Niederfrohna, den 13. Nov. 1924. „Heute erfuhr ich durch meinen Vetter die Wirkung Ihres Naturproduktes „Waldflora" und war erstaunt über die Heilkraft. Senden Sie mir nur bitte usw."
gez. R. Fr., Niederfrohna.
Verlangen Sie Broschüren und Dankschreiben **kostenlos in allen Apotheken, Drogerien,** wenn nicht direkt vom alleinigen Fabrikanten 3731
Georg Rich. Pflug & Co., Gera.
Generalvertreter für Leipzig und Halle:
Paul Glaß, Leipzig,
Brüderstr. 19. Tel 10507..

Bekanntmachung.

Gemäß § 125 der Kreisordnung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß auf dem am 20. April d. Js. stattgehabten **Kreistage** folgendes verhandelt wurde:

1. Zur Unterhaltung der Mittelschule in Hettstedt wurde ein Zuschuß von 5000 Rm. bewilligt.

2. Die vom Kreisausschuß und von einer vom vorigen Kreistag gewählten Kommission gemeinschaftlich durchberatenen Etats für die Zeit vom 1. April 1925 bis 31. März 1926 wurden einstimmig genehmigt. Die Veröffentlichung eines besonderen Auszuges erfolgt in Kürze. Zur Deckung des Kreisfehlbetrages, der sich nunmehr auf 456 800 Rm. beläuft, wurde die Belastung der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuerüberweisungen und der Realsteuern mit je 58 Proz. beschlossen.

3. wurde beschlossen: a) für die geplante Autolinie (Halle)—Polleben—Mansfeld—Königerode—Harzgerode für ein Betriebsjahr einen Betrag bis zu 5000 Rm. zu bewilligen; b) der Reichsbahn für die in Aussicht genommene Fahrplanverbesserung auf der Wippertalbahn 1500 Rm. zu bewilligen und hierzu die interessierten Gemeinden heranzuziehen.

4. Zur Sache, betr. die Unterstützung von Siedlern, wurde der Beschluß gefaßt, durch den Kreisausschuß die Zahl der in Frage kommenden Siedler und die Höhe der benötigten Summen festzustellen. Gleichzeitig wurde der Kreisausschuß ermächtigt, im Falle einer für den Kreis erträglichen Belastung 3 Prozent des Zinsbetrages zu übernehmen.

5. wurde beschlossen: Die Steuersätze nach der Verordnung des Reichsrats vom 10. April 1924 gelten als Kreisvergnügungssteuer mit der Maßgabe jedoch, daß die Pauschsteuer (§ 15) für je 10 qm Bodenfläche 50 Pfg. beträgt.

6. Der Erlaß eines Kreisstatuts über die Kosten der Ziegenbockhaltung wurde abgelehnt.

7. Der Nachtragsvertrag zu dem zwischen dem Kreise und der Kommanditgesellschaft Kramer & Co. zu Berlin im Jahre 1898 abgeschlossenen Vertrage wegen Benutzung von Kreisstraßen durch die elektrische Kleinbahn wurde genehmigt mit der Maßgabe, daß er für den Kreis nur dann bindend sein soll, wenn die Trace der Bahn die alte bleibt.

8. Die Vorlage, betr. Erlaß einer Abgaben-Ordnung für die Erhebung von Vorausleistungen für die Wegeunterhaltung, wurde einstimmig angenommen.

9. Verschiedenes. Die Kreiswanderbücherei soll wieder in Gang gesetzt werden, sobald das Material gesichtet und aufgefüllt ist. Noch einige Anfragen wurden gestellt und beantwortet. Sodann wurde der Kreistag, der in der jetzigen Zusammensetzung das letztemal getagt hat, vom Vorsitzenden mit Worten warmen Dankes verabschiedet.

Mansfeld, den 6. Mai 1925.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

◆ **Der Konsumverein dient nur dem Interesse der Verbraucher.** ◆

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250525-14/fragment/page=0004
DFG

Halle und Saalkreis.

Halle, den 25. Mai 1925.

Stillegung der hallischen Straßenbahn?

Nahezu einmütige Stellungnahme für sofortigen Streik.

In unserem letzten Stadtverordnetenbericht wurde mitgeteilt, daß der unter deutschnationaler Führung stehende kommunale Ordnungsblock einen dringlichen Antrag eingereicht habe, den länger als 25 Jahre bei der Straßenbahn Beschäftigten eine einmalige Ehrengabe von 100 Mark zu machen. Wir betonten dabei gleich, daß die sonst nicht so gebefreudigen Vertreter des Besitzes, statt einer ganz kleinen Auslese von Personen ein Geschenk zu machen, lieber eine allgemeine Lohnerhöhung eintreten lassen sollten, die auch den hallischen Straßenbahnern ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Wie richtig diese unsre Bemerkung war, beweist die Stimmung unter dem Straßenbahnpersonal, wie sie heute morgen durch geheime Abstimmung zum Ausdruck kam.

Vor kurzem war für die dem Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden angehörenden Straßenbahnen ein Schiedsspruch gefällt worden, der eine Lohnzulage von 3 — in Worten: drei — Pfennigen für die Zeit vom 15. April bis 30. Juni vorsah; ab 1. Juli bis 31. August sollte ein weiterer Pfennig zugelegt werden. Da bei den in privaten Händen befindlichen Straßenbahnen zurzeit weit höhere Löhne gezahlt werden, als bei den kommunalisierten Verkehrsunternehmungen — die doch eigentlich Musterbetriebe sein sollen! — und da außerdem Halle bekanntlich zu den teuren Orten gehört, ist der absolut unzulängliche Schiedsspruch von Arbeitnehmerseite selbstverständlich abgelehnt worden. Der Schlichter in Magdeburg, dessen arbeiterfeindliches Verhalten wir wiederholt zum Gegenstande der Kritik machen mußten, und der vor gar nicht langer Zeit, als ein für die Arbeitnehmer etwas günstiger lautende Schiedsspruch gefällt worden war, sich wochenlang Zeit ließ, um die Verbindlichkeitserklärung jenes Schiedsspruchs herbeizuführen, hat er jetzt, da eine Entscheidung gefällt worden ist, durch die den tatsächlichen Verhältnissen nicht im entferntesten Rechnung getragen wird, auf einmal sehr eilig. Er hat bereits für Dienstag neue Verhandlungen angesetzt mit dem Ziele, diesen Schandsspruch mit gesetzlicher Wirkung auszustatten.

Das hat die gesamte Angestelltenschaft der hallischen Straßenbahn, die durch den neuen Dezernenten systematisch nach einer gewissen Richtung gelenkt wurde, aber derart in Erregung gebracht, daß heute vormittag über die Frage „Streik oder Annahme des Schiedsspruchs“ abgestimmt wurde. Nach dem uns bis Redaktionsschluß vorliegenden Teilergebnis stimmten von einer Schicht **288 für und nur 4 gegen den Streik**; 2 Stimmen waren ungültig. **Es ist anzunehmen, daß auch die übrigen noch im Laufe des Tages zur Abstimmung schreitenden Angestellten in gleicher Weise entscheiden werden, was die Lahmlegung der Straßenbahn bedeuten würde.**

Seitens der zuständigen Organisation, dem deutschen Verkehrsbund ist an die Direktion und den Arbeitgeber-Verband die Forderung gerichtet worden, noch im Laufe des heutigen Tages in Verhandlungen einzutreten, um noch in letzter Minute den Streik zu verhindern. An den verantwortlichen Personen in den beiden genannten Körperschaften liegt es nun, ob morgen früh die Straßenbahn fährt oder nicht. Während die privaten Bahnen, nach dem Grundsatz: Niedrigere Fahrpreise und höhere Löhne handeln, und dabei trotzdem noch sehr gute Geschäfte machen, verfährt man in Halle umgekehrt. Hier gilt der Grundsatz „Niedrigere Löhne, hohe Fahrpreise.“ Wer die Etatsverhandlungen im Stadtparlament genau verfolgt hat, der wird wissen, welchen Zweck eine derartige verkehrsfeindliche Einstellung hat. Man will sich um das Steuerzahlen drücken auf Kosten der Allgemeinheit und auf der Angestellten des kommunalisierten Verkehrsunternehmen. Sache der gesamten Einwohnerschaft von Halle müßte es sein, einhellig Front zu machen gegen derartige rückständige Methoden.

*

Austritt aus dem Arbeitgeberverband. Der Frankfurter Magistrat hatte bisher bei der Lohnregelung der städtischen Arbeiter sich immer hinter den Beschlüssen des Bezirksarbeitgeberverbandes versteckt. Dadurch wurden die Konflikte zwischen der städtischen Arbeiterschaft und dem Magistrat ständig verstärkt. Diese Lohnpolitik hat auf die Dauer bei den Frankfurter Stadtverordneten keine Unterstützung mehr gefunden, so daß der Hauptausschuß mit großer Mehrheit jetzt beschlossen hat, dem Plenum den Austritt der Stadt aus dem Arbeitgeberverband zu empfehlen. Nach dem Stimmverhältnis ist die Annahme dieses Antrages sicher zu erwarten.

Geschäft ist Geschäft.

Es hieße Wasser in die Saale schütten, wollte man sich Angesichts der gerade jetzt in die Augen springenden Tatsachen noch um den Nachweis bemühen, daß die bürgerliche Presse in Deutschland längst nicht mehr das Sprachrohr der öffentlichen Meinung, vielmehr nur ein Herrschaftsinstrument geschäftstüchtiger Beutemacher ist. Die Stinnes- und Hugenberg-Konzerne, die immer mehr Einfluß zu gewinnen versuchen, verfolgen neben geschäftlichen Gründen auch noch den Zweck, das deutsche Volk ausschließlich im Sinne großkapitalistischer Ideen zu beeinflussen. Das konnte man recht deutlich wahrnehmen bei der Reklameveranstaltung, die das hallische Stinnesblatt am Sonnabend und Sonntag durchführte. Während die sich unparteiisch, also im Sinne des Hindenburgsblocks, arbeitenden „Hallischen Nachrichten“ einen großzügigen Wohltätigkeitsrummel leisteten und für ihre Reklamezwecke auch namhafte Künstler in den Dienst der kapitalistischen Verblödung zu zwingen verstanden, glaubte die völkisch-deutschnationale „Hallische Zeitung“ mit Hilfe einer Preisrätselaktion dem rapide einsetzenden Leserschwund Einhalt zu tun. Die Großgrundbesitzer, die bisher durch sogenannten Sammelabonnements tausende von Exemplaren dieses Krautjunkerorgans kauften, um sie anstelle anständiger Löhne „ihren“ Landarbeiter als geistige Kost zu verabreichen, haben eingesehen, daß sie ihr Geld besser anwenden können. Die Herren Graf von der Schulenburg in Gerbstedt, Freiherr von Bülow in Bayernaumburg, von Zimmermann in Bentendorf und andere prominente Großagrarier unseres Bezirkes haben den Bezug der Sammelabonnements eingestellt. Aus diesem Grunde mußte sich der Verlag der „Hallischen Zeitung“ umsehen, um wieder zu Abonnenten zu kommen, denn mit den etwa 400 freiwilligen Lesern, die dieses Weltblatt in unserer Saalestadt hat, sind auch dann keine Geschäfte zu machen, wenn jüdische Geschäftsleute sich durch unausgesetzte Betteleien jenes Antisemitenblattes sich zur Aufgabe von Inseratenaufträgen herbeilassen. Dieses großzügige Werbemittel sollte das Preisausschreiben sein, zu dem Hallische und auswärtige Firmen ebenfalls beisteuern mußten.

Ob der gewollte Zweck erfüllt ist oder nicht, jedenfalls hat diese Aktion das industriell beeinflußte deutschnationale Schwesterblatt die „Allgemeine Zeitung“ für Mitteldeutschland nicht ruhen lassen. Ein in Berlin sitzender, den Abonnentenfang von der Zentralstelle aus großzügig leitender Direktor kam auf den Gedanken, für die Leser des Stinnesblattes ein Frühlingsfest und die, die nicht alle werden, einen Reklameumzug zu machen. Ueber das Frühlingsfest, das im Heim der Stahlhelmer am Sonnabend gefeiert wurde, heute kein Wort. Wir wollen uns im Augenblick nicht darum kümmern, auf welche Weise der Stinnes-Konzern die durch Steuerbetrug am Reiche ergaunerten Summen wieder ausgibt. Anders verhält es sich mit dem Reklameumzug, der am Sonntagmittag sich durch einige Straßen der Stadt bewegte und der einer schlechten Nachahmung eines Kölner Karnevalszuges glich. Das einzige, was die Veranstalter erreicht haben, war eine noch weitere Verschmutzung unserer leider ohnehin nicht besonders sauberen Straßen. Zu Zehntausenden wurden die Reklamezettel, Anweisungen auf Vorzugsabonnements und Gutscheine für Gratisinserate auf die Straßen geschleudert, wo sie noch tagelang liegen werden, falls die Stadtverwaltung sie nicht auf ihre Kosten wieder entfernen läßt. Sache der Polizei wäre es gewesen, gegen diese Verschmutzung des Straßenbildes einzuschreiten, denn es kann doch nicht angehen, daß jedermann, der über die erforderlichen Mittel verfügt, die Straßen der Stadt in einen Schweinestall verwandeln darf.

Heuchelei oder Selbsterkenntnis?

Unter Entfaltung des üblichen Stahlhelmgepränges wurde am Freitagnachmittag der bei dem Zusammenstoß zwischen Stahlhelmern und Roten Frontkämpfern tötlich verunglückte Stahlhelmmann Pietrzak beerdigt. In dem Bericht der „Hallischen Zeitung“ über die zu einer Stahlhelmwerbeveranstaltung umgestaltete Beerdigungsfeier heißt es am Schluß:

Man muß sich auch an dieser Stelle wieder fragen, **wie lange es wohl noch gehen soll, daß Deutsche gegen Deutsche, Brüder eines Volkes, lediglich von Verhetzung getrieben, gegeneinander wüten.** Nichts ist sehnlicher zu wünschen, als daß endlich Jahre **ruhiger Entwicklung** uns beschieden sein möchten und **keine Opfer politischer Leidenschaften mehr zu bedauern sind.**

Man weiß nicht, ob es Heuchelei oder bodenlose Unverschämtheit ist, die aus diesen Zeilen spricht. Erwiesenermaßen sind es bekanntlich gerade die „vaterländischen“ Verbände, die einen Teil des deutschen Volkes gegen den anderen Teil aufhetzen. Ist doch der Tod Pietrzaks darauf zurückzuführen, daß in der Uebermacht befindliche Stahlhelmer über zwei Andersgesinnte hergefallen sind. In der durchaus berechtigten Notwehr ist dann der Stahlhelmmann eben nicht mit Samthandschuhen angefaßt worden. Und wie steht es denn mit Erzberger und Rathenau? Sind diese Volksgenossen denn nicht Opfer der „vaterländischen“ Meuchelmörder? Wenn man also schon Moral predigen will, dann bitte in den eigenen Reihen anfangen.

Was geht im Stadtkrankenhaus vor?

In einer Zuschrift aus dem Leserkreise wird an die Verwaltung des in der Beesener Straße gelegenen städtischen Krankenhause, in dem in der Hauptsache geschlechtskranke Frauen untergebracht sind, das Ersuchen gerichtet, die Mißstände, die sich dort in der letzten Zeit heraus gebildet haben, zu beseitigen. Wie des öfteren, so wurden auch in der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr die Bewohner der Wolfstraße wieder in ihrer Nachtruhe gestört. Von den in der dortigen untergebrachten Mädchenabteilung wurden unter ungeheurem Getöse zahlreiche Fensterscheiben eingeschlagen. Aus einer großen Anzahl Frauenkehlen erschallte ein entsetzenerregendes Hilfegeschrei. Ohrenzeugen versichern uns, daß es fürchterlich war, in stiller Nacht ein so wüstes Geschrei vieler Frauen anzuhören. Die ganze Station war erleuchtet und es dauerte eine ganze Weile, bis wieder Ruhe eintrat. Wir fragen, ob es sich wieder, wie kürzlich, um einen gemeinsamen Ueberfall auf die Wärterin handelte, oder war etwa wieder ein gemeinsamer Ausbruch der dort untergebrachten Kranken geplant? Bis jetzt ist über die Vorgänge im städtischen Krankenhause aus gewissen Gründen geschwiegen worden, aber auf die Dauer lassen es sich die Bewohner der Wolfstraße nicht mehr gefallen in ihrer Nachtruhe gestört zu werden. Die Verwaltung muß dafür sorgen, daß mit diesen unhaltbaren Zuständen recht bald ein Ende gemacht wird.

* **Die Zahlung der Heeresrenten für Monat Juni** findet beim Postamt 2, Thielenstraße 2a, wie folgt statt: am 29. Mai für die R-Rentenempfänger, 30. Mai für die H-Rentenempfänger, 4. Juni für die Nachzügler. Zahlzeit: 8 bis 2 Uhr.

* **Drittes Sommerkonzert im „Volkspark“.** Infolge der vorzüglichen Leistungen der Kapelle unter Leitung des Musikdirektors Schütze (Leipzig) hebt sich erfreulicherweise der Besuch der Sommerkonzerte immer mehr. Der Kreis der ständigen Abonnenten wird immer größer. Dazu kommt noch der im Frühlingsschmuck stehende prächtige Garten, so daß der Besuch der Konzerte bestens empfohlen werden kann. Das am Dienstagabend stattfindende Konzert ist als Operetten- und Walzerabend gedacht. Die schönsten Perlen der Wiener Musik werden zu Gehör gebracht. Der erste Teil enthält Werke von Suppé, und zwar den „Teufelsmarsch“, die Ouvertüre zu „Pique-Dame“ und Melodien aus der Operette „Das Pensionat“. Im zweiten Teil kommt Johann Strauß zu Wort. Als Einleitung „Die Fledermaus“-Ouvertüre, ein Walzer „Fesche Geister“, Melodien aus der Operette „Der Zigeunerbaron“ und der Walzer „Morgenblätter“. Der letzte Teil enthält ein Potpourri aus der Operette „Die Csardasfürstin“ und endet mit einem Walzer „Frohsinn“ von Waldteufel.

* **Wandergewerbebetrieb auf Wochenmärkten.** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem im Einvernehmen mit dem Finanzminister ergangenen Erlaß des preußischen Handelsministers entnimmt, sind Inhaber von Wandergewerbescheinen nicht befugt, in dem Wandergewerbeschein aufgeführte Waren, die nicht zu den Wochenmarktartikeln gehören, während der Marktzeit auf dem Marktplatz zu verkaufen. Anderfalls unterliegen sie der Strafvorschrift des § 149 Zeile 6 der Gewerbeordnung. Sie machen sich außerdem einer Zuwiderhandlung gegen § 18 des Wandergewerbesteuergesetzes schuldig, wenn sie ohne Entrichtung der Wandergewerbesteuer auf dem Wochenmarkt andere Artikel als die zu den Wochenmarktsartikeln gehörenden Waren verkaufen.

* **Chronik der Straßenunfälle.** Am Sonnabendnachm. stieß an der Ecke Geiststr.—Neumarktstr. ein Personenkraftwagen mit einem Radfahrer, welcher die rechte Straßenseite nicht eingehalten hatte, zusammen. — In der Geiststr. stieß ein Motorradfahrer mit einem Radfahrer zusammen. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt. — In der Ludwig-Wucherer-Straße erfolgte ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Fuhrwerk, welches nicht auf der rechten Straßenseite fuhr. Das Fuhrwerk wurde von dem Straßenbahnwagen zur Seite geschleudert und beschädigt. Ein dicht dahinter fahrender Personenkraftwagen wurde durch das beiseite gestoßene Fuhrwerk ebenfalls beschädigt. Personen sind nicht verletzt worden.

* **Zusammenstoß zweier Kraftwagen.** Am Sonnabendnachmittag stießen an der Ecke Lettinerweg—Dölauer Straße ein Personenkraftwagen und ein Lastkraftwagen zusammen. Beide Kraftwagen wurden beschädigt. Von den vier Insassen des Personenkraftwagens wurden zwei Personen schwer, eine leicht verletzt.

* **Der Griff nach dem Strick.** Am Sonnabend gegen 10 Uhr abends wurde in der Ludwig-Wucherer-Straße 45 ein Mann von seiner Ehefrau in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. Es handelt sich um den städtischen Arbeiter Richard Buchspieß. Ueber die Motive die ihn zu seiner Verzweiflungstat veranlaßten, war nichts zu erfahre

Kampf gegen die Wohnungsnot

Tagung der Baugenossenschaften.

Vom 19. bis 21. Mai fand in Bremen der 29. Verbandstag des Reichsverbandes deutscher Baugenossenschaften unter Teilnahme von 200 Delegierten statt, die etwa 100 Baugenossenschaften aus dem ganzen Reiche vertraten. Im Mittelpunkt der Beratungen stand ein Referat des Justizrats Klinke (Berlin) über **„Die gemeinnützige Neubautätigkeit im Jahre 1925“**, an das sich eine lebhafte Debatte anschloß. Die Auffassung der Tagung fand ihren Niederschlag in einer Entschließung, in der es u. a. heißt: Der Wohnungs- und Siedlungsbau muß weit nachdrücklicher gefördert werden als bisher. Das Bestreben, ohne privatwirtschaftliche Gewinne gesunde und preiswerte Wohnungen für die breite Schicht der Minderbemittelten zu schaffen, findet seine idealste Lösung durch die gemeinnützige Bautätigkeit, die daher bei allen öffentlichen Maßnahmen zur Förderung des Wohnungs- und Siedlungswesens in erster Linie berücksichtigt werden müssen. Unter den zur Förderung des Wohnungs- und Siedlungswesens zu ergreifenden Maßnahmen bezeichnet die Entschließung die Beschaffung der für die Bautätigkeit unbedingt erforderlichen Geldmittel als die dringendste, da das Aufkommen aus der Geldentwertungssteuer (Hauszins- und Mietsteuer) nicht den Anforderungen der gemeinnützigen Bautätigkeit entspreche. Gefordert wird, daß **das gesamte Aufkommen aus der Hauszinssteuer dem Wohnungsbau zugeführt** wird. Verlangt wird ferner, daß im Interesse der Minderbemittelten und insbesondere der kinderreichen Familien die Abdeckung der tatsächlichen Herstellungskosten der Bauten in Höhe von mindestens 90 Prozent gewährleistet wird und die Zins- und Kündigungsbedingungen so bemessen werden, daß die Mieten in den neuen Wohnungen im allgemeinen nicht höher werden als die jeweils geltenden gesetzlichen Mieten. Das Reich muß in erheblich größerem Umfange als bisher sich zur Durchführung dieser dringenden Forderungen der ihm nach der Verfassung zustehenden Aufgaben im Gebiete des Wohnungswesens annehmen und ein auf Jahre hinaus festgelegtes klares Wohnungsprogramm entwickeln. Die gemeinnützigen Bauvereinigungen müssen ihrerseits mit allen Kräften bemüht sein, ihr Eigenkapital zu verstärken sowie den Sparsinn und die Selbsthilfe der Wohnungsbedürftigen weiter entwickeln.

Die Haftung des Hauseigentümers für Unfälle in seinem Gebäude.

Nach der ständigen und gleichmäßigen Rechtsprechung des obersten deutschen Gerichtshofs, des Reichsgerichts und der einzelnen Oberlandesgerichte, haftet jeder Eigentümer, der seine Sache dem allgemeinen, öffentlichen Verkehr übergibt, auch für die Verkehrssicherheit, den sogenannten „polizeimäßigen“ Zustand derselben, also kurz gesagt, für die Sicherheit des Publikums. Die Stadtgemeinde, die eine Straße dem Verkehr übergibt, muß daher einstehen für ihre Passierbarkeit für Wagen und Fußgänger, der Hauseigentümer hat dafür Sorge zu tragen, daß der Hausflur und die Treppen ohne Gefahr für das Publikum, seinen Mietern sowohl wie von ihren Hausgenossen und Gästen als auch von beliebigen Dritten betreten werden können. Er hat weiter, und zwar auch, ohne daß ihm dies durch besondere Polizeiverordnung auferlegt wird, nach allgemeinen privatrechtlichen Grundsätzen die Rechtsverpflichtung, bei Eintritt der Dunkelheit ordnungsmäßige Beleuchtung des Hausflurs und der Treppen sicherzustellen. Bei Verletzung dieser Sorgfaltspflicht haftet er seinen Mietern und ihren Familienangehörigen aus dem Mietvertrage, zu Schaden gekommenen Dritten, etwa den Besuchern der Mieter, wegen unerlaubter Handlungen auf vollen Schadenersatz.

Der Hauseigentümer kann sich auch nicht von dieser seiner Schadenersatzpflicht schlechthin und ohne weiteres durch den Hinweis darauf befreien, in seinen Mietverträgen habe er die Pflicht einer ordnungsmäßigen Beleuchtung des Hausflurs und der Treppen auf die Mieter in vollem Umfange abgewälzt. Es ist vielmehr, wie das Reichsgericht wiederholt entschieden hat, in derartigen Fällen seine Rechtspflicht, die Befolgung dieser Vorschriften der Mietverträge und der Hausordnung, also die ordnungsmäßige Beleuchtung durch die Mieter, in geeigneter Weise, also entweder persönlich, oder, wenn er sein Haus nicht selber bewohnt, durch eine zuverlässige Person, den Hausverwalter (Vizewirt), stetig zu überwachen. Selbstverständlich kommt in allen solchen Fällen einer vertraglichen Abwälzung der Treppenbeleuchtungspflicht auf seine Mieter eine Haftung des Hauseigentümers gegenüber den Mietern und ihren Familienangehörigen überhaupt nicht in Frage, sondern nur gegenüber dritten, das Haus aufsuchenden Personen. Hat der Hauseigentümer sein Haus im ganzen vermietet, so geht die Hausbeleuchtungspflicht auf den Mieter über, hat er es nur in einzelnen Teilen, also stockweise vermietet, so bleibt er weiter verpflichtet. Jede Haftung des Hauseigentümers für Schäden, die Mietern oder dritten Besuchern des Hauses aus fehlender oder unzulänglicher Treppenbeleuchtung oder schlechter baulicher Beschaffenheit des Gebäudes, z. B. polizeiwidriger Treppenstufen oder dergleichen mehr erwachsen sind, fällt weiter weg, wenn über sein Hausgrundstück die Zwangsverwaltung eingeleitet ist. Nur muß der Hauseigentümer, bei der Einleitung der Zwangsverwaltung den Verwalter auf etwa schon vorhandene bauliche Fehler aufmerksam machen, damit dieser sie beseitigen lassen kann.

Der Hauseigentümer haftet nach obigem also persönlich und nicht der Inhaber — Mieter — des Ladens für den schadhaften Zustand einer zum Laden führenden Treppe. Hat dagegen der Hauseigentümer einen Teil seines Hauses im ganzen, also etwa das gesamte Erdgeschoß vermietet, und hat nun der Mieter, nicht er, dort den Verkehr eröffnet, so ist er für einen Unfall nicht verantwortlich, der auf eine mangelhafte Stelle der Treppe zurückzuführen ist, vorausgesetzt nur, daß ihm selber nicht der schadhafte Zustand bekannt war. Treppe, Schalterhalle und alle anderen Räumlichkeiten müssen aber, um die Haftung des Hauseigentümers auszuschließen, ausschließlich den Zwecken der Post dienen und nicht etwa Aufgang und Durchgang zu Räumen bilden, die anderen Parteien vermietet sind.

Langheinrich.

Kammergerichtsentscheide in Mieterschutzsachen.

Folgende neuere Rechtsentscheide des Kammergerichts in Mieterschutzsachen haben allgemeines Interesse: Bei Festsetzung oder Feststellung der gesetzlichen Miete hat das Mieteinigungsamt nicht zu entscheiden, von wann ab seine Entscheidung wirkt. Ebenso ist das Mieteinigungsamt nicht zuständig zur Entscheidung der Frage, ob nach Eintritt der gesetzlichen Miete die vertragliche Verpflichtung zu Nebenleistungen, insbesondere zur Flur- und Treppenreinigung, erloschen ist. — Eine Wohnung, die völlig leer steht oder nur zur Aufbewahrung von Sachen dient, gilt im Sinne des § 3 des Wohnungsmangelgesetzes auch dann als unbenutzt, wenn der Verfügungsberechtigte ihrer als Tauschwohnung bedarf. — Räume verlieren ihre Eigenschaft als Werkräume im Sinne des § 15 des Wohnungsmangelgesetzes nicht dadurch, daß sie durch Betriebsfremde benutzt werden. — Weist das Mieteinigungsamt einen Antrag, eine vor dem 1. Oktober 1923 ergangene Entscheidung nach diesem Tage abzuändern, zurück, so ist gegen diese Entscheidung die Rechtsbeschwerde zulässig.

* **Zur Heimstättenfrage** wird uns geschrieben: Die Heimstättenbewegung hat im Reiche in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht, so daß die Zahl der Mitglieder und Interessenten mehrere Millionen beträgt. Es hat sich ein großer Heimstätten-Ausschuß sämtlicher Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten gebildet, der seine Tätigkeit über das ganze Reich erstreckt und schon Tausende von Heimstätten gegründet hat. Auch in Halle haben die Beamtenverbände einen Heimstättenausschuß gegründet. Dieser Heimstättenausschuß hatte kürzlich die anderen Gewerkschaften zu einer Besprechung über die Heimstättenfrage eingeladen. Einmütig kam der Wunsch zum Ausdruck, daß in dieser Frage alle interessierten Kreise sich zusammenfinden möchten zu gemeinsamer Arbeit in der Heimstättenfrage auf Grund des Reichsheimstättengesetzes. Es ist beschlossen worden, in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung abzuhalten, in welcher eine Autorität auf dem Gebiete des Heimstättengesetzes sprechen wird. Auskünfte erteilt der Vorsitzende des Ortskartells des Deutschen Beamtenbundes, Lehrer Hecht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250525-14/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Die Liebenwerdaer Wechselaffäre vor dem Kreistag.

Am Mittwoch voriger Woche war der Liebenwerdaer Kreistag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen worden, um einen Bericht der Untersuchungskommission in der Wechsel-Angelegenheit entgegenzunehmen. Landrat Vogl teilte nach Eröffnung der Sitzung mit, daß der Ruhrverband, in dessen Besitz bekanntlich die vom Kreise Liebenwerda ausgestellten Wechsel übergegangen sind, durch eine Reihe führender Persönlichkeiten, darunter der Oberbürgermeister von Duisburg, Dr. Jarres, die Beschlußklage gegen den Kreis Liebenwerda und die Kreissparkasse eingeleitet habe, und daß Termin für den 12. Juni vor dem Landgericht I Berlin anberaumt sei.

Abg. v. Delius (Pleßa) erstattete dann namens der Untersuchungskommission Bericht über die Versuche der letzteren, Klarheit in die Angelegenheit zu bringen. Die Kommission sei in Berlin gewesen und habe u. a. die Inhaber des Bankhauses Karpinski u. Radowitz aufgesucht. Diese, zwei noch sehr junge Herren, haben erklärt, daß sie als Geldgeber des Kreises nicht in Frage kämen, da sie nur als Makler der „Luisenstädtischen Genossenschaftsbank" aufgetreten wären. Diese „Genossenschaftsbank" war überhaupt gar nicht auffindbar. Nach langem Suchen wurde das „Geschäftslokal" in einem — möblierten Zimmer in der Uhlandstraße in Berlin gefunden, aber die „Inhaber" waren nicht da und die Zimmerwirtin konnte auch nicht angeben, wann sie anzutreffen seien.

Die Kommission begab sich dann zu dem Vertreter des Ruhrverbandes, Rechtsanwalt Dr. Pinner, wo man sich die vom Kreise ausgestellten Wechsel vorlegen ließ. Ein Formfehler, der etwa zugunsten des Kreises hätte ins Gewicht fallen können, ließ sich an den Dokumenten bei flüchtiger Inaugenscheinnahme nicht feststellen. Es wurde aber festgestellt, daß die Wechsel nicht, wie man bisher angenommen hate, auch die Unterschrift des Kreisausschußmitgliedes Günther (Döllingen) tragen. Beim Rechtsanwalt Pinner ist dann mit Vertretern des Ruhrverbandes eingehend über die Angelegenheit beraten worden. Von diesen wurde der Vorschlag gemacht, der Kreis solle einen neuen Prolongationswechsel über 1 Million Mark ausstellen, wobei der Wechsel allen Anforderungen entsprechen müsse, wozu insbesondere gehöre, daß der Wechsel den Beschluß des Kreistages, welcher zur Aufnahme einer Schuldsumme in der genannten Höhe ermächtigt, trägt. Dabei sei erwähnt, daß die vom Kreise und von der Kreissparkasse ausgestellten Wechsel dem Treuhänder Dr. Liebert in Berlin von Landrat Vogl blanko überlassen worden sind. Nach den Behauptungen des Dr. Liebert ist er bevollmächtigt gewesen, diese Wechsel in voller Höhe (1 Million Mark) für Diskontzwecke herauszugeben. Diese Behauptungen stehen nicht in vollem Einklang mit den Feststellungen, die Landrat Vogl vor dem Kreistag am 15. April gemacht hat. Im übrigen ist Abg. v. Delius der Ansicht, daß der Kreis einen vom Ruhrverband angestrengten Wechselprozeß (Wechselmachklage) gewinnen würde, wenn diesem nachgewiesen wird, daß er bei der Begebung der Wechsel gewußt habe, daß sie nur mit der Hälfte diskontiert worden sind. In einem ähnlichen Falle hat ein durch Wechselmanipulationen geschädigter Landkreis durch ein Urteil des Kammergerichts einen günstigen Ausgang erzielt. Zwar ist dieses Urteil von dem Prozeßgegner angefochten worden, so daß erst die Entscheidung des Reichsgerichts als endgültig zu gelten habe, doch lassen sich aus dem bisherigen Gang dieses Prozesses doch für den Kreis Liebenwerda nicht ungünstige Schlüsse ziehen. Die Vertreter des Kreises sind der Ansicht, daß dem Ruhrverband bekannt gewesen sei, daß die Wechsel des Kreises auf der Basis der halben Valuta gestanbe gekommen seien, und sie glauben zu der Hoffnung berechtigt zu sein, daß, falls der Ruhrverband die Klage gegen den Kreis anstrengte, diese einen für den Kreis günstigen Ausgang nehmen würde.

Abg. Rentsch betonte, daß bei den Handlungen des Sparkassendirektor Merres zweifellos eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse vorliege und daß eine Entschuldigung für den Beamten nur darin zu suchen sei, daß es ihm an Wissen und Können in bankrechnischen Transkationen völlig ermangele. Die Kommission sei der Ansicht, daß Merres und der Rendant Wendt zu der Unterfertigung der Wechsel gar nicht berechtigt waren. Landrat Vogl hingegen steht auf dem Standpunkt, daß die beiden Beamten zeichnungsberechtigt seien.

Abg. v. Delius ging nochmals auf den Fall Merres ein und erwähnte, daß Merres kurz vor der Sitzung, in der er vernommen werden sollte, in Berlin erkrankt sei. Es müsse einmal öffentlich ausgesprochen werden, daß die Zustände bei den staatlichen Kreditgebern geradezu unglaublich seien. Anstatt, daß die den Kaufpreis für den Schraden hergebende Reichspostverwaltung dieses Geld kurzerhand an den Forstfiskus überwiesen hätte, seien vier bis fünf Vermittler mit der Weiterleitung des Geldes beauftragt worden, deren zweifelhafte Geschäftspraktiken den Kreis in die üble Lage gebracht hätten.

Landrat Vogl teilte mit, daß er gegen sich bei seiner vorgesetzten Dienststelle die Einleitung eines Disziplinarverfahrens beantragt habe. Auch gegen den Vorsteher der Kreissparkasse, Merres, sei das Verfahren eingeleitet. Im übrigen teilte er mit, daß die Mitteilung der Firma Karpinski u. Radowitz an die Presse sie hätte gegen den Landrat wegen Geschäftsschädigung usw. Klage erhoben, unwahr sei. Es sei natürlich, daß die in der Kreistagssitzung vom 15. April belasteten Stellen und Personen sich durch allerlei Erklärungen herauszureden suchten.

Nach längerer Aussprache wurde einstimmig beschlossen, der Wechselklage keinen Einhalt zu tun, sondern den Prozeß, den der Ruhrverband anstrengen will, seinen Gang gehen zu lassen.

Ein weiterer Antrag des Abg. Stieler (Elsterwerda), die Untersuchungskommission weitertagen zu lassen und diese um zwei Mitglieder aus den Reihen der Schradensiedler zu erweitern, führt zu einer nochmaligen längeren, teilweise sehr erregten Aussprache, in der dem Landrat von neuem Vorwürfe gemacht wurden. Der Landrat verwahrte sich energisch gegen solche Angriffe. Wenn man gegen ihn vorgehen wolle, so möge man sich an die vorgesetzte Dienststelle wenden. Im übrigen würden die Angelegenheit und die Streitfragen in dem bevorstehenden Prozeß und in dem Disziplinarverfahren geklärt werden.

Abg. Falkmeier (Liebenwerda) betonte, daß die Kreisausschußmitglieder sich selbst um ihre Unterrichtung kümmern müßten. Das scheine bisher nur sehr mangelhaft geschehen zu sein. Die Erklärungen des Abg. Stieler schienen ihm ein Armutszeugnis für den Kreisausschuß zu sein. Er erkläre nunmehr im Namen der sozialdemokratischen Fraktion, daß diese den Antrag Stieler ablehnen würde.

Nach Schluß der Aussprache wurde der Antrag Stieler mit 18 gegen 7 Stimmen bei 5 Enthaltungen, angenommen. Die Kommission wurde vermehrt um die Siedler Scharnagel (Hirschfeld) und Wachtel (Großthiemig). Als deren Stellvertreter wurden Mahlo (Pleßa) und Richter (Großthiemig) gewählt. Die Siedlervertreter sollen nur insofern an den Ausschußarbeiten beteiligt werden, als diese die finanziellen Fragen der Siedler betreffen.

Der Kreistag nahm zum Schluß noch einstimmig eine Entschließung an, die vom Landwirtschaftsministerium erwartet, daß die Kaufverträge über den Schraden zugunsten des Kreises abgeändert werden.

Vorsicht beim Hantieren mit künstlichem Dünger.

Beim Hantieren mit künstlichen Dünger haben sich schon öfters bedenkliche Folgen bei den betreffenden Personen eingestellt, so daß es angebracht erscheint, immer wieder zur Vorsicht zu mahnen. Kürzlich zog sich ein Landwirt in Liemehna (Kreis Delitzsch), der mit künstlichem Dünger zu tun hatte, eine Blutvergiftung zu, an deren Folgen er 24 Stunden später starb. Der beste Schutz ist, wenn Hände und Füße bekleidet werden, da die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen selten ganz heile Hände und Füße haben.

Eilenburg. Die Himmelfahrtsbergfeier des Jahres 1923 beschäftigten am Freitag nochmals das Große Schöffengericht. Drei Angeklagte, die sich an den als Landfriedensbruch betrachteten Vorgängen ebenfalls noch aktiv beteiligt haben sollen, kamen erst jetzt zur Aburteilung. Es sind dies die Eheleute Marie Simon, der Arbeiter Erich Stössel und der Friseur Otto Wust aus Eilenburg. Frau Simon und Stössel bestritten die ihnen zur Last gelegten Vergehen, Wust gab nach anfänglichem Leugnen schließlich die Straftat zu, will aber in Erregung darüber gehandelt haben, daß seine Schwester in Mitleidenschaft gezogen war. Rechtsanwalt Cohn (Berlin) beantragte Freisprechung. Das Gericht kam aber zu folgendem harten Urteil: Frau Simon erhielt wegen einfachen Landfriedensbruchs 3 Monate Gefängnis, Stössel wegen desselben Vergehens 8 Monate Gefängnis, Wust wegen öffentlicher Beleidigung in Tateinheit mit Bedrohung 25 Mark Geldstrafe bezw. für je 5 Mark 1 Tag Gefängnis. Der Angeklagten Simon wurde nach Verbüßung einer Strafe von einem Monat und dem Angeklagten Stössel nach Verbüßung von 3 Monaten Strafaussetzung auf die Dauer von 3 Jahren zugebilligt.

Eilenburg. Ein Sonderzug nach der Sächsischen Schweiz will Pfingsten von Torgau abgelassen werden. Der Fahrkartenverkauf auf den Bahnhöfen zwischen Torgau und Eilenburg hat heute begonnen.

Bittenberg. Die nächste Stadtverordnetensitzung findet am Dienstag, dem 26. Mai, abends 7 Uhr statt.

Torgau. Eine Schäferei niedergebrannt. Im benachbarten Großwig brannte in der Nacht zum Donnerstag aus bisher noch nicht einwandfrei festgestellter Ursache die gesamte Schäferei nieder. Vieh- und Menschenleben sind nicht zu beklagen. Es besteht die Vermutung, daß der Brand durch einen alten baufälligen Backofen entstanden sein soll.

Torgau. Betriebsstillegungen. Zum 1. Juni schließt die Linke-Lauchhammer-A.-G. den Torgauer Betrieb wieder. Die wahren Gründe hierfür sind noch nicht zu erfahren gewesen. Trotzalledem bleibt auch diese Stillegung bezeichnend für das soziale Empfinden gegenüber den Arbeitnehmern. Auch die Firma F. H. Schmidt schließt ihren Sägewerksbetrieb, weil „unrentabel" (?). Unrentabel soll er sein, weil die dort beschäftigten Tischler den ihnen zustehenden Tariflohn verlangen, während die Firma 15 Pf. weniger zahlt. Gewiß auch ein soziales Mitempfinden unter dem Mantel christlicher Nächstenliebe. Beim Geldbeutel hört eben alles auf.

Falkenberg. Verhaftung. In voriger Woche wurde der frühere Kassierer der hiesigen Gemeinde- und Giro-Sparkasse Richard Hanke wegen Veruntreuung von Kassengeldern und Betrugs von der hiesigen Polizeiverwaltung verhaftet und am andern Tage nach Torgau überführt. Wie wir hören, soll Hanke, der einen ganz leichtsinnigen Lebenswandel geführt hat, einen größeren Betrag veruntreut haben.

Bockwitz. Eine Theateraufführung im Freien veranstaltet hier am 1. Pfingstfeiertag die Deutsche Bühne (Direktor Norden) im großen Garten des „Volkshauses". Die Schauspieler sind hier bestens bekannt durch die Veranstaltungen des Bildungsausschusses in früheren Jahren.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 25. Mai 1925.

* **Das Amtsblatt des Landkreises Merseburg** enthält Bekanntmachungen über die Jahrtausendfeier des Rheinlandes, Verunreinigung des Elsterflußgrabens, Bestellung eines Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Röcken, Reichsarbeitsblatt, Entschädigung für die Standesbeamten, Amtsvorsteher und Gemeindevorsteher, Sperrung des Uebergangsweges am Bahnhof Kötschau, Volks-, Berufs- und Betriebszählung.

* **Abgestürzt** ist am Sonnabend der an einem Leitungsnetz arbeitende Elektriker G. von hier, der vermutlich der Starkstromleitung zu nahe gekommen ist. Mit Brandwunden an Armen und Händen und inneren Verletzungen wurde der Verunglückte in das Krankenhaus eingeliefert.

Landkreis Merseburg. Für den Standesamtsbezirk Röcken ist der Lehrer Lothar Müller in Bothfeld zum Standesbeamten ernannt worden.

Schkeuditz. Ein schwerer Radfahrerunfall ereignete sich am Himmelfahrtstage in Rölglitz. Als der Arbeiter-Radfahrerverein Bruckdorf, der Mitwoch abend eine Radfahrt nach Rölglitz unternommen hatte, in den Morgenstunden wieder abrücken wollte, fuhr ein Teilnehmer trotz Warnung durch Ortseinwohner den „langen Berg" hinunter. Dabei verlor er die Herrschaft über sein Rad und fuhr mit voller Wucht gegen einen Telegraphenstamm. Besinnungslos stürzte er zu Boden. Der telegraphisch herbeigerufene Arzt stellte schwere Gehirnerschütterung fest und ordnete die Ueberführung des Verunglückten in die Klinik zu Halle an.

Freyburg. Aus der Saale geborgen wurde die Leiche der aus Freyburg vermißten 24 Jahre alten Klara H. Man nimmt an, daß ihr ein Unfall zugestoßen ist, da sie unter Krämpfen zu leiden hatte.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 26. Mai 1925.

Die gelbe Pleite.

Koenen und Leopold als Regisseure.

Oberröblingen, 24. Mai 1925.

Der mit so lautem Tamtam verkündete vaterländische Arbeitertag in Oberröblingen ist eine böse Pleite geworden. Aus allen Ecken des Stinnes-Riebeck'schen Gebietes hatte man die arglosen Untergebenen abkommandiert, um einen „Zug" zu markieren. Die Kumpels hatte man in Knappenuniformen gesteckt, selbst die sonst dem Humor abgeneigten Beamten sind zu dieser Narretei gepreßt worden und mußten antreten, sich weiße Westen antun und mit gezückter Plempe im Zuge marschieren. „Kamerad" Leopold selbst hatte sich gleicherweise in Wichs geworfen. Von seinem Haupte flatterte ein Federbusch, als er zu seinen „Getreuen" sprach. Mit denen allerdings sah es am faulsten aus. Man hatte alles aufgeboten: Kumpels, Jungdo, Wehrwolf, Feuerwehr, Kriegervereine, eine Anzahl Knappschaftsinvaliden, Kinder, weißgekleidete junge Mädchen, Wagen mit allegorischen Figuren, Musikanten, Sänger, Spielleute. Aber alles in allem brachte man genau 876 (achthundertsechsundsiebzig) Personen auf die Beine. Dies zur Kenntnis für diejenigen, die heute von dem Riesenumzuge der gelben Pest in den bürgerlichen Blättern lesen werden.

Herr Leopold selbst troff vor sozialer Empfindung, als er redete. Aber Stumm und teilnahmlos hörte man ihn zu; müde und abgestumpft blickten die Kumpels auf das gelbe Banner der Knechtschaft, kein Wort des Beifalls wurde gehört, und was Leopold flüglich verschwiegen hatte, das holten seine jungen Leute nach, deren einer brüllend erklärte: „Die Werk- und Knappenvereine arbeiten in enger Gemeinschaft mit den vaterländischen Verbänden."...

Herr Leopold befand sich aber gestern in guter Gesellschaft, denn sein Gegenspieler ist Wilhelm Koenen, der seine Arbeit im Geiste Leopolds leistete, wie nachstehendes zeigt.

Koenen verrät die Bergarbeiter.

Die Bergarbeiter der Tarifverbände hatten in Erkenntnis der Bedeutungslosigkeit der gelben Bewegung die geplante Aktion abgebremst und lediglich eine örtliche Versammlung in Wansleben abgehalten, bei der die Kameraden Langhof und Klein sprachen. In stattlicher Zahl waren die Bergarbeiter erschienen, die übereinstimmend und einmütig die Ausführungen der Redner billigten. Plötzlich erschien Koenen auf der Bildfläche, und als die Kundgebung geschlossen, stürzte ein kommunistischer Stoßtrupp mit ihm vor, unter dessen Terror Koenen sich auf die Bühne drängte. Er entledigte sich des Rockes und der Weste, um Volkstümlichkeit zu markieren, und begann die übliche kommunistische Kanonade. Die Bergarbeiter hörten auf seine Tiraden aber gar nicht, und eine Anzahl bisher noch kommunistischer Bergarbeiter erklärte: „Die Kommunisten, die hier mit den Interessen der Bergarbeiter geradezu Schindluder treiben, haben bei uns ausgespielt! Koenen arbeitet den Gelben ja direkt zur Hand!"

Der Verrat der Kommunisten liegt klar! Die Bergarbeiter werden ihnen die rechte Antwort geben.

In der Bergarbeiterversammlung zu Wansleben wurde nachstehende Entschließung einmütig angenommen:

„Die heute, am 24. Mai 1925, in Wansleben versammelten Bergarbeiter des gesamten Oberröblinger Reviers bringen zum Ausdruck,

daß die Löhne völlig unzureichend sind,

daß die Wiedereinführung des Achtstundentags eine soziale Notwendigkeit ist,

daß die Wiedereinführung der knappschaftlichen Familienunterstützung zur Abwendung größter Not unverzüglich geschehen muß.

Diese Ziele sind nur unter der Führung der Gewerkschaften zu erreichen.

Die von den Werksverwaltungen ausgehaltenen gelben Knappen- und Werksvereine, sowie die vaterländischen Arbeitervereine überhaupt, sind das größte Hindernis im Kampfe um die Erzielung menschenwürdiger Arbeitsverhältnisse.

Die Versammelten verurteilen das arbeiterfeindliche Wirken der vaterländischen Arbeitervereine unter Führung von Konzerndirektoren auf das entschiedenste und sprechen den Vertretern dieser Verbändchen das Recht ab, im Namen der Bergarbeiter des Oberröblinger Reviers aufzutreten.

Die allein zuständigen Vertreter der Interessen der Bergarbeiter sind die Gewerkschaften.

Die Versammelten fordern die unorganisierten Kameraden zum Eintritt in die Gewerkschaften auf.

Parole für die Bergarbeiter ist:

„Alles in die Gewerkschaften!"

Helbra. Betrafter Betrugsversuch. Der Bergmann Ernst Töpfer aus Helbra wurde vom Eisleber Schöffengericht wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit versuchtem Betrug zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Töpfer war auf dem Wolfschacht der Mansfeld A.-G. bis Mai 1924 beschäftigt, dann hatte er sich krank gemeldet. Im Januar 1925 hatte er sich vom Schacht eine Bescheinigung ausstellen lassen, daß er noch nicht entlassen sei. Das „nicht" hatte er durchgestrichen und versucht, von der Gemeinde Helbra Erwerbslosenunterstützung zu erlangen.

Leimbach. Neue Verhaftung in der Mordsache Höhne. Im August 1924 wurde bekanntlich hier der Feldhüter Höhne erschossen. Der Mörder konnte noch nicht ermittelt werden. Jetzt ist eine neue Verhaftung erfolgt. Der Verhaftete leugnet aber ebenfalls, mit dem Morde etwas zu tun zu haben.

Aßleben. Ertrunken. Beim Baden in der Saale ertrank hier am Sonntag, dem 17. Mai, ein 15jähriger junger Mann aus Roschwitz, der anläßlich eines Radfahrerfestes nach hier gekommen war. Seine Leiche wurde am Mittwoch geländet und der elterlichen Wohnung zugeführt.

Großaßleben. Durch Feuer zerstört wurden auf der hiesigen Domäne das Molkereigebäude, der Schafstall und der Kuhstall. Die anderen Gebäude, vor allem die Wohnhäuser, konnten dank der Anstrengungen von 15 Wehren gerettet werden.

Unterritzdorf. Einem Gutsbesitzer wurden von unbekannten Tätern über 150 Kirschbäume abgehackt. Hoffentlich gelingt es, diese Vandalen zu erwischen.

Gewerkschaftliches.

Verständigung im rheinisch-westfälischen Baugewerbe

Im Tarifstreit im rheinisch-westfälischen Baugewerbe ist nach langwierigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium in der Nacht zum Sonnabend eine Verständigung der Tarifparteien erzielt worden. Der Streik ist beendet.

Scharfmacherversuch gegen den Reichstarif in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie. In dem Bericht, den wir am Sonnabend unter dieser Ueberschrift veröffentlichten, ist durch das Fortbleiben des Wörchens „nicht" der Sinn der Ausführungen ins Gegenteil verkehrt worden. Der Satz muß lauten: „Sie (die Tarifkontrahenten des Arbeitgeberverbandes in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie) sind also weitblickender als die Braunschweiger Vereinigung der kleinsten Schokoladen- und Zuckerwarenfirmen und werden sich sicher von diesen rückständigen Anschauungen nicht beeinflussen lassen."

Aus der Arbeitersportbewegung.

Arbeiter-Sportkartell Halle.

Dienstag, den 26. Mai, abends 8 Uhr, Sitzung in der „Goldenen Kette". Da die Tagesordnung sehr wichtig ist, ist das Erscheinen aller Vereinsvorstände, Delegierten und Techniker dringend erforderlich. Gleichzeitig gelangt das Material zum Reichsarbeitersporttag am 14. Juni zur Verteilung.

Der Vorstand. J. A. Otto Gurich.

Sportkartell Ammendorf. Dienstag, den 26. Mai, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zur Eiche" Sitzung der technischen Vereinsleiter. Tagesordnung: Reichsarbeitersporttag. Die Teilnehmerzahl an den Wettkämpfen muß bis Mittwoch, den 3. Juni, zur Kartellsitzung namentlich gemeldet werden. Spätere Meldungen werden nicht berücksichtigt.

Der Sportausschuß.

Rundfunk-Programm Leipzig.

Dienstag, den 26. Mai.

10 Uhr vorm.: Wirtschaftsnachrichten: Woll- und Baumwollpreise. 10.15 Uhr morgens: Was die Zeitung bringt. 12 Uhr mittags: Mittagsmusik. 12.55 Uhr nachm.: Mauener Zeitzeichen. 1 Uhr nachm.: Börsen- und Pressebericht. 4 Uhr, 6 Uhr, 6.15 Uhr abends: Wirtschaftsnachrichten: Landwirtschaftliche, Baumwolle, Devisen. 4.30 bis 6 Uhr nachm.: Konzert der Hauskapelle. 6.30 bis 7 Uhr abends: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7 bis 7.30 Uhr abends: Vortrag: Dr. Demoßn: „Vom Wesen und Wachsen der Pflanzen". 7.30 bis 8 Uhr abends: 8. Vortrag von Geh.-Rat Prof. Dr. Brandenburg, von der Universität Leipzig, aus dem Zyklus „Deutschlands auswärtige Politik in den Jahrzehnten von dem Weltkriege". 8.15 Uhr abends: Aus der Symphonie der Arbeit. Mitwirkende: Prof. Ad. Winds und die Rundfunk-Hauskapelle. 1. Cherubini: Ouvertüre zur Oper „Der Wasserträger". 2. a) Eine Skizze: Hans Berlepsch-Valendas: „Von der Nacht zum Tage". b) Vier Gedichte: Max Bittrich: „Froher Morgengang"; Alfons Petzold: „Morgen bei der Fabrik"; Ludwig Scherf: „Der Eisenwerker"; Marie Rühl: „Arbeitspause". 3. Wagner: Steuermannslied und Matrosenchor aus „Fliegender Holländer". 4. Eine Erzählung: Hermann Heße: „Aus der Werkstatt". 5. Glasznunow: Gesang der Wolgaschiffer. 6. E. Grisar: Zwei Skizzen: „Die Jechentore", „Symphonie der Arbeit". 7. Fucik: Die lustigen Dorfschmiede. Marsch. Anschließend (etwa 9.30 Uhr) Pressebericht und Hackebeils Sportfunkdienst. 10 bis 11.30 Uhr abends: Funkbrettl. Mitwirkende: Robert Zimmermann (groteske Tiergedichte), Carl Martin (Humorist), Alb. Schwarzburger (Lieder) und die Rundfunk-Hauskapelle.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: G. Kasparek; für Provinz und Sport: Alfr. Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Halesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250525-14/fragment/page=0006